

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw. Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Publikations-Organ des Arbeiter-Samariterbundes. —

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI. 6453.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 8. Juli 1910.

Erscheint alle 14 Tage, Freitag.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungs-Bilte Nr. 8164.

Inhalt:

Die geschichtliche Entwicklung des weltlichen Krankenpflegers (III).
Monierung des Pflegepersonals in den Kreisirrenanstalten
Baverns und der Pfalz. — Zur Lage des Personals in den baye-
rischen Irrenanstalten. — Hamburger Brief (II). — Aus der
Irrenanstalt in Bernburg. — Aus der Praxis. — Aus unserer
Bewegung. — Gerichts-Zeitung. — Rundschau.

Die geschichtliche Entwicklung des weltlichen Krankenpflegers.

III.

(Schluß)

Die wirtschaftlichen Umwälzungen in den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts schufen für die weltliche Krankenpflege freie Bahn, und sie hat seit dieser Zeit einen großen Aufschwung genommen. Das erwachende Proletariat räumte nicht nur mit der herrschenden Pfaffenherrschaft auf; es sorgte insbesondere dafür, daß die einzelnen politischen Gebilde, seien es Staat oder Gemeinde, sich mehr ihrer sozialen Pflicht erinnerten und die Fürsorge für die Kranken nicht der privaten Wohltätigkeit überließen, sondern selbst in die Hand nahmen. Die steuerzahlenden Angehörigen wollen in ihren kranken Tagen durch den Staat geschützt sein.

Diese grundlegenden Änderungen blieben natürlich in Hinsicht auf das Pflegepersonal nicht ohne Einfluß. Den maßgebenden Behörden drängte sich jetzt die notwendige Erkenntnis auf, daß man die Veranbildung eines tüchtigen weltlichen Personals etwas energischer betreiben müsse. Man gründete Pflegerinnenschulen; im Jahre 1885 gab es deren in Preußen 52. Im Anschluß hieran führte man Prüfungen ein; die dieselbe Bestehenden sind berechtigt, den Titel „Geprüfter Krankenpfleger“ oder „Heilgehülfe“ zu führen. Im Jahre 1906 erließ der Bundesrat ergänzende Prüfungsvorschriften für Krankenpflegepersonen. Wenn dieselben auch noch lange nicht das bieten, was uns not tut, so ist wenigstens der Anfang gemacht worden, um den Kranken und ihren Pflegern das zu geben, was ihnen gebührt. An uns liegt es nun, damit der Weg auch weiter beschritten wird.

Von den Kämpfen, die die allgemeine Arbeiterschaft um bessere Arbeitsbedingungen führte, zogen auch die Pflegepersonen Vorteile; denn man mußte doch endlich einmal mit den noch teilweise mittelalterlichen Dienstverhältnissen brechen und Konzessionen an den Geist der Neuzeit machen. Alle diese Momente, so unzureichend sie allerdings waren, trugen doch dazu bei, daß sich die Qualität der beruflichen Pflegepersonen merklich hob. Diese qualitative Verbesserung ist heutzutage soweit gediehen, daß selbst die Ärzte, die berufensten Beurteiler, sich nur in lobendem Sinne über uns aussprechen. So urteilt Obermedizinalrat Dr. P. Rupperecht in seinem Buche: „Die Krankenpflege“, Leipzig 1902: „Es muß aber anerkannt werden, daß es zahlreiche brave, zuverlässige und äußerst geschickte Lohnwärter und wärterinnen gibt“. Doktor

P. Jakobson erklärte in einem Vortrage: „Ich habe mich mit den männlichen Krankenpflegepersonen intensiv beschäftigt und habe gesehen, daß auch unter diesen eine ganze Menge sehr tüchtiger, ernster, vernünftiger Personen existieren, die ihren Beruf mit voller Hingebung in vorzüglicher Weise ausüben und deren einziger Schmerz nur darin besteht, daß sie sich hinter den Krankenpflegerinnen zurückgesetzt fühlen, daß sie das Bewußtsein haben, daß man für ihre Ausbildung nicht in genügender Weise besorgt ist und ihnen nicht in gerechter Weise zu einer Koordination verhilft.“ Diese beiden Urteile mögen genügen; man kann sie natürlich noch vermehren. Aber nicht nur die Ärzte erkennen unsere gebesserte Qualität; auch das Publikum, diejenigen, denen unsere Pflege zukommen soll. Ein treffendes Beispiel bot im Dezember vorigen Jahres Düsseldorf; dort sollten auf Antrag des Zentrums die bisherigen weltlichen Schwestern durch katholisches Ordenspersonal ersetzt werden. Da erhob sich aber ein Sturm des Widerwillens in der Bevölkerung. Mehrere große Volksversammlungen nahmen dagegen Stellung, die Krankenkassen drohten sogar mit Errichtung eines eigenen Krankenhauses. Aus all dem kann man ersehen, daß die weltlichen Krankenpflegepersonen nicht nur eine geschichtliche Notwendigkeit sind, sondern daß sie auch ihre Mission zur vollen Zufriedenheit aller ausfüllen, trotz aller Verdächtigungen.

Um dieses günstige Urteil sich zu erhalten, es noch zu vertiefen und vor allen Dingen um die Dienstverhältnisse recht günstig zu gestalten, muß aber das Pflegepersonal sich zusammenschließen. Wie vorteilhaft das ist, können wir an einem machtvollen, weltlichen Verbands, dem Roten Kreuz, ersehen. Das Rote Kreuz, oder genauer ausgedrückt: die Internationale Gesellschaft vom Roten Kreuz wurde im Jahre 1864 gegründet. Sie diente anfänglich nur der Krankenpflege im Kriege, hat aber seit 1870 auch die Krankenpflege im Frieden in ihre Tätigkeit aufgenommen. Es ist eine reine Schwesternorganisation; diese heißen in Sachsen Albertinerinnen, in Hannover Clementinerinnen, in Württemberg Olga-Schwestern. In den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes werden auch männliche Krankenpfleger für den Krieg ausgebildet.

Hier sei gleich des vor kurzem gegründeten Arbeiter-Samariterbundes gedacht. Ausgehend von der Tatsache, daß in den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes die Arbeiter oft nur als Staffage dienen, ferner ausgehend von dem Mangel an sachgemäßen Helfern bei den so häufigen Unfällen bei der Arbeit, bildeten sich reine Arbeiter-Samaritervereine, die sich zu einem Bunde zusammenschlossen. Er verdient unsere vollste Sympathie.

Das Rote Kreuz erzielt durch seine Macht als großer Verband für seine Schwestern ziemlich günstige Bedingungen. Das muß für uns weltliche Krankenpfleger ein Ansporn sein, uns ebenfalls zu organisieren. Ein Kenner der Verhältnisse,

lichen Mitten angegliedert zu haben, in denen durch eine sinnlose Anhäufung von Ärzten selbst dem gesunden Organismus Gefahren drohen. Die moderne wissenschaftliche Wasserbehandlung hat nun außer bei Ischias und sonstigen Nervenleiden, auch bei vielen anderen Erkrankungen, wie Rheumatismus, Asthma, Blutharnt, Herz- und Lungenaffektionen und weiteren Leiden derartig günstige Heilerfolge, daß man sich bereits an Stelle der russisch-römischen Badeeinrichtungen mit denselben Mitteln Vorkehrungen für zweckdienlichere Wasserbehandlungen treffen sollte. Nicht viel hilft viel, sagt Dr. Ming, sondern sachgemäße, wissenschaftlich erprobte Anwendung der physikalischen Heilbehandlung. Würden die Kommunen diesen Vortreibungen Zurecht entgegenbringen, so könnten die Errungenschaften der modernen physikalischen Heilbehandlung auch den minderbemittelten Bevölkerungsklassen in den nächsten Badeanstalten in gleichem Maße zugänglich gemacht werden, wie sie gegenwärtig nur den wohlhabenden Massen zu Gebote stehen.

Die Armee der deutschen Krankenpflege. Der Bundesrat hat am 1. Mai v. J. eine Ermittlung des Personal der pharmazeutischen Anstalten und des pharmazeutischen Personals angeordnet. Die Resultate veröffentlicht jetzt das kaiserliche Gesundheitsamt. Die Zahl der Ärzte betrug zu dieser Zeit 30.538 gegen 24.725 bei der vorhergegangenen Ermittlung vom 1. April 1898. Auf je 10.000 der Bevölkerung trafen 4,81 gegen 4,56. Hier erscheint das Wachstum an Zahl gegenüber der Bevölkerung recht gering. Auf je 100 Quadrat-Kilometer Fläche des Deutschen Reiches kommen 3,65 gegen 4,57 approbierte Ärzte. Unter den die Privatpraxis ausübenden Ärzten, welche dem Publikum im Bedarfsfalle zur Verfügung stehen, in ein Zuwachs von 20,28 Prozent zu verzeichnen. Weibliche Ärzte gab es nur 85, von denen auch nur 52 Privatpraxis betreiben. Approbierte Zahnärzte gab es am 1. Mai v. J. 2467, sie haben sich gegen 1898 mehr als verdoppelt. Weiblichen Geschlechts waren 32 Zahnärzte. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Zahl der weiblichen Ärzte noch viel zu gering ist. Dies bedeutet sicher einen großen Nachteil für die Gesundheit des weiblichen Teils der Bevölkerung. Die Heilsträfte in der Heilkunst und Krankenpflege, die nicht die Doktorprüfung bzw. die höhere Schulbildung unbedingt durchgemacht haben müssen, in natürlich viel größer. Zahnchirurgen und 546 ermittelt worden 1898 waren es 1376, unter ihnen sind 1322 als Heilkräfte tätig, 651 der Zahnchirurgen waren weiblichen Geschlechts. Berufsähnliche Heilkräfte einschließlich der Masseure und Desinfektoren gab es insgesamt 14.780. 1898: 9121. 12.357, mithin der größte Teil, übte den Beruf ausschließlich oder vorwiegend frei aus, während 2432 ausschließlich oder vorwiegend in Heil- und Pflegeanstalten beschäftigt waren. 8133 männliche und 578 weibliche berufsmäßige Heilkräfte waren staatlich geprüft, 3486 männliche und 2572 weibliche waren nicht staatlich geprüft. Ausschließlich als Masseure waren rund 1500, als Heilkräften rund 1700 Personen tätig. Inwiefern bei den Masseuren Kontrolle ausgeübt wurde, ob der Beruf nicht mehr ein Nebenamt des horizontalen Gewerbes ist, läßt sich aus dem Bericht nicht erkennen. Eine besonders starke Zunahme ergibt sich für die berufsmäßigen Krankenpfleger, denn ihre Zahl stieg von rund 20.600 oder 5,5 pro Tausend der Bevölkerung auf 68.800 oder 10,8 pro Tausend. Dem Geschlecht nach ergaben sich 1898 26.427 weibliche Krankenpfleger, 1900 aber 35.937. Die Zahl der weiblichen Krankenpfleger ist also im Prozentverhältnis um rund 100 gestiegen. Bei den Genossenschafts-, Vereinsverbands- und religiösen Anstaltspflegern ist das weibliche Element ebenfalls stark weiter gewachsen. In den geistlichen und religiösen Verbänden und Anstalten waren 13.800 evangelische und 22.900 katholische Krankenpfleger. Die Zahl der Hebammen betrug 37.736, bei der ersten Erhebung 1898 waren es fast genau so viel, nämlich 37.025. Auf je eine Hebamme kamen nach beiden Aufnahmen übereinstimmend 54,8 Geburten. Nicht approbierte, mit Behandlung kranker Menschen berufsmäßig beschäftigte Personen sind 1408 ermittelt worden, unter ihnen 1322 weibliche. Das Personal der approbierten Tierärzte betrug insgesamt 5051 gegen 3813 im Jahre 1898, unter ihnen waren 650 aktive Militärärzte. Die Zahl der nicht approbierten, mit Behandlung kranker Tiere berufsmäßig beschäftigten Personen ist nach der Statistik von 1236 auf 777 zurückgegangen, doch ist dabei zu bedenken, daß die Erfassung dieser Gruppe sicher nicht ganz gelungen sein wird. Apotheken einschließlich der Filialen bestanden 6127 gegen 5161 im Jahre 1898. Das pharmazeutische Personal betrug 13.425 Köpfe, ihre Zahl ist nur wenig gewachsen. Dagegen ist die Zahl der Lehrlinge, ebenso wie diejenige der nicht approbierten Gehilfen erheblich gesunken. Ein Beweis dafür, daß die Tätigkeit in den Apotheken immer mehr vom Studium abhängig gemacht wird. Dispensiermittel für Arzneien waren 941 festgelegt, darunter 11 für Tierarzneien. Das pharmazeutische Personal an diesen Anstalten betrug 193. Das Herr der deutschen Kranken-

hilfe ist nach diesen Ziffern gewaltig gewachsen. Leider hat es der Staat an einer genügend schnellen Anpassung der Gesetze gegenüber diesen Tatsachen bis jetzt mangeln lassen.

Die Sonne ist der beste Arzt. Der altbekannte griechische Arzt Hippokrates hat bereits auf die Sonne als Heilfaktor hingewiesen. Sonnenbäder für die Steigerung der Körpertemperatur und die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten empfohlen. In der heutigen Therapie spielt die heilbringende Anwendung des Sonnenlichtes eine große Rolle. Eine interessante Zusammenstellung der Heilwirkungen des Sonnenlichtes findet man in dem mit großer Sachkenntnis geschriebenen Buche des kaiserlichen Arztes Dr. Vorand „Das Altern“, seine Ursachen und Behandlung durch hygienische und therapeutische Maßnahmen. Wissenschaftlich erwiesen ist, daß die Sonnenstrahlen bakterientöndend wirken, und es läßt sich natürlich und anderer akuter Infektionskrankheiten abnimmt. Die Heilkraft entspringt aus den beiden Faktoren: dem Licht und der Wärme. Beim Sonnenbad werden die Blutgefäße erweitert, und nach kurzer Zeit erfolgt hartes Schweißen. Schon im alten Rom wurde es angewendet; man hatte dafür entweder Einrichtungen auf dem Dache des Hauses oder dazu bestimmte öffentliche Anstalten. Bei Nervenleiden wurden sie von Hippokrates und Celsus verordnet. Die Untersuchungen von Dornes, Muer und anderen haben ergeben, daß dem Sonnenlicht exponierte Bakterienkulturen zunächst in ihrer Entwicklung gehindert werden und oft ganz zugrunde gehen können. Dabei ist die chemische Wirkung nach Röntgen und Widmark auf die blauen und ultravioletten Strahlen, die Sonnenwärme mehr auf die roten Strahlen zurückzuführen. Die ultravioletten Strahlen sind es, die die bakterientöndende Wirkung verurursachen. Die beiden letztgenannten Forscher haben übrigens auch gezeigt, daß die chemischen Strahlen die Entzündung der Haut bei Sonnenbrand hervorrufen. Die ganz eigentlich erst in der Neuzeit planmäßig angewandte Lichttherapie ist von Röntgen ins Leben gerufen worden. Er hat praktisch und theoretisch die auf den chemischen Strahlen beruhende Heilkraft untersucht und a. B. nachgewiesen, daß das Glas diese Strahlen zurückzubehalten vermag, und daß man infolgedessen gut tut, die Sonne nicht durch Fensterscheiben, sondern direkt auf sich einwirken zu lassen. Ferner sind, was ja allgemein bekannt ist, angestrichene Stoffe mehr durchgängig für Licht, daher man am besten helle, weiße oder lichtgraue Kleider, besonders im Sommer, trägt. Außerordentlich anregend aber wirkt das Sonnenlicht auf die Blutbildung. Die Experimente von Grawitz und Graffenberger ergaben, daß bei Tieren, die man im Dunkeln hält, das Hämoglobin ebenso wie die gesamte Blutmenge vermindert wird. Die Prozesse des Stoffwechsels werden durch das Sonnenlicht erhöht; kurz, man beobachtet allenthalben ihre große Kraft. Dabei ist noch zu bemerken, daß sie dem wirksamer sind, in je größerer Höhe und in je reinerer Luft wir uns ihnen aussetzen. In den Niederungen herrscht meist Dunst, Staub und Miasmenhauch, wodurch die Strahlen einen Teil ihres Wertes einbüßen. In der Höhe nimmt außerdem die Anzahl der chemischen Strahlen zu, d. h. in großer Höhe treffen uns mehr die blauen und ultravioletten Strahlen. Damit ist verknüpft, daß der Gehalt des Blutes an Hämoglobin und roten Blutkörperchen sich schon in Höhen von 500 Meter ändert. Mit Recht ruft Dr. Vorand aus: „Ahnen wir den alten persischen und heutigen Sonnenanbetern, den Persern, nach: lieben und suchen wir die Sonne!“

Klinik für Arbeiterkrankheiten. In Mailand wurde kürzlich eine Spezialklinik für Arbeiterkrankheiten eröffnet; das erste Institut dieser Art nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Kulturwelt. Geordnet wurde der Gedanke, diese Spezialklinik zu errichten, nicht in letzter Linie durch den Ersten Internationalen Kongress für Arbeiterkrankheiten, der im Jahre 1906 zu Mailand tagte. Für das Unternehmen, das mit den modernsten Mitteln der Wissenschaft und der Technik ausgestattet ist, haben die Stadt Mailand, der italienische Staat und private Wohltäter bisher etwa 2 Millionen Lire aufgebracht. Das Institut, ein zweistöckiges schönes Gebäude, stellt einen Teil der medizinischen Bildungsanstalten Mailands dar und dient der Ausbildung von Studenten und der Weiterbildung von Ärzten.

Wmale Berlin. Angestellte der Privat-Badeanstalten.

Monats-Versammlung am Mittwoch, den 29. Juni, abends 9 1/2 Uhr, in den „Cranienburger Kesseln“, Chausseestr. 16. Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Tarif-Angelegenheiten; 3. Verschiedenes.

Der Obmann.

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw. Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Publikations-Organ des Arbeiter-Samariterbundes. —

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI. 0488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 8. Juli 1910.

Erscheint alle 14 Tage, freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungs-Liste Nr. 8164.

Inhalt:

Die geschichtliche Entwicklung des weltlichen Krankenpflegers (III).
Monierenz des Pflegepersonals in den Kreisirrenanstalten
Baverns und der Pfalz. Zur Lage des Personals in den baye-
rischen Irrenanstalten. — Hamburger Brief (III). Aus der
Irrenanstalt in Pernburg. Aus der Praxis. Aus unserer
Bewegung. — Gerichts-Zeitung. — Rundschau.

Die geschichtliche Entwicklung des weltlichen Krankenpflegers.

III.

(24. u. 25.)

Die wirtschaftlichen Umwälzungen in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts schufen für die weltliche Krankenpflege freie Bahn, und sie hat seit dieser Zeit einen großen Aufschwung genommen. Das erwachende Proletariat räumte nicht nur mit der herrschenden Klassenherrschaft auf; es sorgte insbesondere dafür, daß die einzelnen politischen Gebilde, seien es Staat oder Gemeinde, sich mehr ihrer sozialen Pflicht erinnerten und die Fürsorge für die Kranken nicht der privaten Wohltätigkeit überließen, sondern selbst in die Hand nahmen. Die steuerzahlenden Angehörigen wollen in ihren kranken Tagen durch den Staat geschützt sein.

Diese grundlegenden Änderungen blieben natürlich in Dinsicht auf das Pflegepersonal nicht ohne Einfluß. Den maßgebenden Behörden drängte sich jetzt die notwendige Erkenntnis auf, daß man die Heranbildung eines tüchtigen weltlichen Personals etwas energischer betreiben müsse. Man gründete Pflegerinnen-Schulen; im Jahre 1885 gab es deren in Preußen 52. Im Anschluß hieran führte man Prüfungen ein; die dieselbe Bestehenden sind berechtigt, den Titel „Geprüfter Krankenpfleger“ oder „Heilgehilfe“ zu führen. Im Jahre 1906 erließ der Bundesrat ergänzende Prüfungs-Vorschriften für Krankenpflegepersonen. Wenn dieselben auch noch lange nicht das bieten, was uns not tut, so ist wenigstens der Anfang gemacht worden, um den Kranken und ihren Pflegern das zu geben, was ihnen gebührt. An uns liegt es nun, damit der Weg auch weiter beschritten wird.

Von den Kämpfen, die die allgemeine Arbeiterschaft um bessere Arbeitsbedingungen führte, zogen auch die Pflegepersonen Vorteile; denn man mußte doch endlich einmal mit den noch teilweise mittelalterlichen Dienstverhältnissen brechen und Konzessionen an den Geist der Neuzeit machen. Alle diese Momente, so unzureichend sie allerdings waren, trugen doch dazu bei, daß sich die Qualität der beruflichen Pflegepersonen merklich hob. Diese qualitative Verbesserung ist heutzutage bereits gediehen, daß selbst die Ärzte, die berufsensten Beurteiler, sich nur in lobendem Sinne über uns aussprechen. So urteilt Obermedizinalrat Dr. P. Kupperecht in seinem Buche: „Die Krankenpflege“, Leipzig 1902: „Es muß aber anerkannt werden, daß es zahlreiche brave, zuverlässige und äußerst geschickte Lohnwärter und -wärterinnen gibt“. Doktor

P. Jakobson erklärte in einem Vortrage: „Ich habe mich mit den männlichen Krankenpflegepersonen intensiv beschäftigt und habe gesehen, daß auch unter diesen eine ganze Menge sehr tüchtiger, ernster, vernünftiger Personen existieren, die ihren Beruf mit voller Hingebung in vorzüglicher Weise ausüben und deren einziger Schmerz nur darin besteht, daß sie sich hinter den Krankenpflegerinnen zurückgesetzt fühlen, daß sie das Versehen haben, daß man für ihre Ausbildung nicht in genügender Weise besorgt ist und ihnen nicht in gerechter Weise zu einer Koordination verhilft.“ Diese beiden Urteile mögen genügen; man kann sie natürlich noch vermehren. Aber nicht nur die Ärzte erkennen unsere gebesserte Qualität; auch das Publikum, diejenigen, denen unsere Pflege zukommen soll. Ein treffendes Beispiel bot im Dezember vorigen Jahres Düsseldorf; dort sollten auf Antrag des Zentrums die bisherigen weltlichen Schwestern durch katholisches Ordenspersonal ersetzt werden. Da erhob sich aber ein Sturm des Widerwillens in der Bevölkerung. Mehrere große Volksversammlungen nahmen dagegen Stellung, die Krankenkassen drohten sogar mit Errichtung eines eigenen Krankenhauses. Aus all dem kann man ersehen, daß die weltlichen Krankenpflegepersonen nicht nur eine geschichtliche Notwendigkeit sind, sondern daß sie auch ihre Mission zur vollen Zufriedenheit aller ausfüllen, trotz aller Verdächtigungen.

Um dieses günstige Urteil sich zu erhalten, es noch zu vertiefen und vor allen Dingen um die Dienstverhältnisse recht günstig zu gestalten, muß aber das Pflegepersonal sich zusammenschließen. Wie vorteilhaft das ist, können wir an einem machtvollen, weltlichen Verbande, dem Roten Kreuz, ersehen. Das Rote Kreuz, oder genauer ausgedrückt: die Internationale Gesellschaft vom Roten Kreuz wurde im Jahre 1864 gegründet. Sie diente anfänglich nur der Krankenpflege im Kriege, hat aber seit 1870 auch die Krankenpflege im Frieden in ihre Tätigkeit aufgenommen. Es ist eine reine Schwesternorganisation; diese helfen in Sachsen Albertinerinnen, in Hannover Elementinerinnen, in Württemberg Olga-Schwestern. In den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes werden auch männliche Krankenpfleger für den Krieg ausgebildet.

Dies sei gleich des vor kurzem gegründeten Arbeiter-Samariterbundes gedacht. Ausgehend von der Tatsache, daß in den Sanitätskolonnen des Roten Kreuzes die Arbeiter oft nur als Staffage dienen, ferner ausgehend von dem Mangel an sachgemäßen Helfern bei den so häufigen Unfällen bei der Arbeit, bildeten sich reine Arbeiter-Samaritervereine, die sich zu einem Bunde zusammenschlossen. Er verdient unsere vollste Sympathie.

Das Rote Kreuz erzielt durch seine Macht als großer Verband für seine Schwestern ziemlich günstige Bedingungen. Das muß für uns weltliche Krankenpfleger ein Ansporn sein, uns ebenfalls zu organisieren. Ein Kenner der Verhältnisse,

ein Vorgesetzter von uns, Herr Oberarzt Dr. Schott, an der Heil- und Pflegeanstalt Weinsberg in Württemberg, gibt uns denselben Rat. In der „Irrenpflege“ von 1908, Heft 1, Seite 2 schreibt er, nachdem er die Verehrung vieler unserer Forderungen zugegeben: „Das beste Mittel zur Erreichung wird eine starke gewerkschaftliche Organisation sein“. Das müssen wir vor allem aus unserer Geschichte lernen: nur ein einheitlich organisierter Krankenpflegerstand wird auf die Dauer sich behaupten können gegen kirchliche Eroberungsgelüste und gegen rüchshändige Verwaltungsmaginen, und vor allem gegen das Vorurteil der besseren Schwesternpflege. Der einzelne wird von diesen drei Faktoren einfach beiseite geschoben.

Ein bedauerlicher Uebelstand hat sich leider in den Reihen der weltlichen Krankenpfleger eingeschlichen: das ist ein falscher Ständesdünkel, eine Ueberhebung, die mitunter geradezu lächerlich werden kann. Wenn sich auch jetzt die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten wendet, so dürfen wir keineswegs vergessen, daß wir noch lange, lange nicht in den Besitz all der Vergünstigungen sind, die nötig sind, um unter gesicherten sozialen Verhältnissen unseren hohen, idealen Beruf auszuüben. Besonders hervortretend ist die rechtliche Unsicherheit des Pflegepersonals: das Kost- und Logiszwangssystem zwingt es unter die Gesindeordnung. Was soll denn da ein dummer Ständesdünkel? Es ist ein großer Fehler, wenn sich das Pflegepersonal in irgendeinen Verein oder Verband zu sammenschließt, nur mit dem ausgesprochenen Zweck, das Ständebewußtsein zu heben. So erfreulich dabei der Zusammenschluß an und für sich ist — das leitende Motiv ist nicht das richtige. Die einzig richtige Form der Organisation ist die Gewerkschaft. Der tiefe sittliche Gehalt, der Kulturwert der Gewerkschaften ist's, der seinen Anhängern das richtige Ständebewußtsein beibringt. Der jetzige Stand der Organisation, mit seinen 30 oder 40 Gruppen und Grüppchen, der zieht den Ständesdünkel hoch, und dieser wieder ist's, der dem allgemeinen Organisationsgedanken so hinderlich ist.

Zu begrüßen ist es daher, daß es aber trotzdem eine große Reihe von Kollegen und Kolleginnen begriffen haben, wo die richtige Organisation ist, indem sie sich der „Sektion Krankenpfleger“ des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes angeschlossen haben. Ein anderer Teil hat sich in dem christlichen „Krankenpflegerverband“ organisiert. Doch nach all dem, was man von diesem „Verband“ hört und sieht, wird er wohl zur Bedeutungslosigkeit bestimmt sein. Der Geist, der darin wie überhaupt in den christlichen Gewerkschaften herrscht, läßt nun einmal keine energische Vertretung der Berufsinteressen zu. Die christlichen Gewerkschaften sind Zirkeln des Zentrums, und diese Partei hat noch nie etwas für die Kultur, für die Arbeiter, übrig gehabt. Christliche Arbeitervertreter stimmten in Düsseldorf für die Einführung von Ordenspersonal; christliche Arbeitervertreter hielten im preussischen Landtage mit an der Entrechtung und Anebelung des Volkes. Um das Volk abzulenken von dieser famosen Kulturtätigkeit, verlästern sie die freien Gewerkschaften, sprechen von sozialdemokratischen Gewerkschaften, Arbeiterbetrug usw. Und speziell der christliche Krankenpflegerverband stößt in dieses Horn und zieht auf der anderen Seite einen falschen Ständesdünkel groß. Durch seine eigene Taktik gräbt er sich selbst sein Grab.

Diese kleine Abschweifung war nötig, um dem Pflegepersonal zu zeigen, daß nicht große Worte, sondern Taten am besten den Wert oder Unwert einer Organisation zeigen.

Mit der Erstarkung des beruflichen Krankenpflegerstandes bildeten sich zwei große Uebel aus, die nicht nur unserem Beruf als Ganzes schaden, sondern in noch viel höherem Maße dem einzelnen. Es sind dies die sogenannten „Fachschulen“ und das Stellenvermittlungswesen. Bei diesen „Fachschulen“ ist nicht die Ausbildung die Hauptsache. Nein, ein spekulativer Vadeanstalts- oder Kurhausbesitzer will sich

dadurch unentgeltliche Arbeitskräfte, die obendrein noch bezahlen müssen, verschaffen. Wo noch staatliche Prüfung damit verbunden ist, geht die Sache ja noch, wo aber ein leicht erhaltliches, nichtsfagendes „Prüfungsdiplom“ die „Ausbildung“ abschließt, da ist das Geld wohl zum Fenster hinausgeworfen, und ein „Masseur“ oder „Bademeister“ ist mehr in dem schon überfüllten Beruf. So ein neugeborener „Masseur“ wird dann bald das andere Uebel kennen lernen: die Stellenvermittlung. Der stellenlose Krankenpfleger oder Bademeister ist ein gefundenes Ausbeutungsobjekt der Stellenvermittler. 10, 20 Mk. und noch mehr muß mitunter für eine Stelle bezahlt werden; und da das Vadepersonal meist auf Saison angestellt, beginnt diese Stellenjagd mit allen ihren Enttäuschungen bald von neuem. Hier ist es Pflicht des Staates, helfend einzugreifen, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Vorerst wird es jedoch Aufgabe der Gewerkschaften sein, wenigstens die Auswüchse zu beseitigen. Unnachsichtlich müssen einzelne Fälle an den Pranger gestellt werden.

Wenn wir unseren Blick noch einmal nach rückwärts wenden und den Verdegang des weltlichen Krankenpflegers betrachten, so werden wir finden, daß bis zum Jahre 1000 die Pflege der Kranken fast unbeschränktes Monopol der Kirche war: mit dem Erstarken der Städte wurde der Einfluß der Kirche durch ritterliche und weltliche Orden merklich gebrochen. Leider wurde nach 1500 die Ausbildung der Pflegepersonen sehr vernachlässigt und durch mittelalterliche Dienstverhältnisse eine Verschlechterung der Qualität herbeigeführt. Als man aber im 19. Jahrhundert, gezwungen durch den Geist der Neuzeit, einige Änderungen schuf, bildete sich sofort ein Krankenpflegerstand, über den nicht nur die Ärzte, sondern auch die Kranken nur anerkennend urteilten.

Und nun ein letztes: Aus der Betrachtung unseres Verdeganges spricht die Notwendigkeit der Organisation auf Grundlage der freien Gewerkschaften in dem Staatsarbeiterverband, Sektion Krankenpfleger. Die Lehre unserer Geschichte ist das Obelied auf die Organisation. Die Kollegen allerwärts müßten gar kein bißchen Berufs liebe mehr haben, wenn sie dieser Lehre kein Gehör schenken wollten. Aber soviel Einsicht ist wohl bei jedem vorauszusetzen. An uns, die wir schon organisiert sind, tritt die Notwendigkeit heran, unabhängig für den Gedanken der Organisation zu wirken, immer und immer der verdammten Gleichgültigkeit den Krieg zu erklären: endlich muß der Sieg doch unser werden! Wenn es oft auch Mühe und Verdruß verursacht: jeder neue Erfolg entschädigt reichlich dafür, und nicht zum mindesten ist es das Bewußtsein, das uns befriedigt: Unsere Arbeit ist im höchsten Sinne Kulturarbeit!

Der Gleichgültigkeit den Krieg,
Der Arbeit den Sieg!

—II—

Fort mit dem Kost- und Logiszwang! Warum?

Der Kost- und Logiszwang ist eine veraltete, latschritts- und kulturfeindliche Lohnform.

Der Kost- und Logiszwang hindert die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse; er ist ein Feind geregelter und kurzer Arbeitszeit und anständiger Löhne.

Der Kost- und Logiszwang ist ein Mittel, den Arbeiter in noch größerer Unfreiheit und Gebundenheit zu erhalten und ihn noch leichter und bequemer zu überarbeiten, als solches die anderen Lohnsysteme erlauben.

Der Kost- und Logiszwang unterhält den Arbeiter der Verarmung des Unternehmers auch außerhalb der Arbeitszeit.

Der Kost- und Logiszwang hemmt die freie Entwicklung der Geistes- und Charakterbildung; er unterbrückt das menschliche Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen und fördert die demutvolle Untertanenhaftigkeit und die Kriecherei.

Fort damit mit dieser schädlichen, schändlichen, nur dem privaten wie gemeindlichen Unternehmertum nützlichen, veralteten Lohnform!

Konferenz des Pflegepersonals in den Kreisirrenanstalten Bayerns und der Pfalz.

Unser Verband hatte für das Pflegepersonal in den Kreisirrenanstalten Bayerns und der Pfalz für den 24. Juni eine Konferenz nach dem „Theresienstift“ in Regensburg einberufen.

Von den 15 vorhandenen Anstalten hatten 9 ihre Vertreter geschickt, und zwar: Kaufbeuren, Galling, Babreuth, Gabssee, Psychiatrische Klinik in München, Marihaus Brüll, Erlangen und Domburg. Die Zahl der Delegierten betrug 21. Außerdem waren anwesend: ein Mitglied des Hauptvorstandes von Berlin, je ein Gauleiter von München, Augsburg, Nürnberg und Mannheim. Die sozialdemokratische Fraktion wurde vom Genossen Landtagsabgeordneten Auer vertreten. Ebenso hatte das Regensburger Gewerkschaftsamt und die Regensburger Ortsleitung einen Vertreter entsandt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Das Pflegepersonal und das staatliche Gehaltsregulativ.
2. Unsere Eingabe an die Kreisregierungen bzw. an den Landtag.

Referenten hierzu waren C. Miedel, Berlin und Dr. Sebold, München.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, galt es eine Zweckmäßigkeitsfrage zu erledigen. Zu gleicher Zeit hatte nämlich die „christliche“ Organisation in Regensburg eine Konferenz desselben Personals einberufen. Der Vertreter des Hauptvorstandes warf nun die Frage auf, ob den „Christlichen“ der Vorschlag gemacht werden solle, sich an der Konferenz, welche vom Gemeindearbeiterverband einberufen war, zu beteiligen. Da auf der „christlichen“ Konferenz jedoch nur 6 Vertreter anwesend waren, wurde die Frage verneint.

In seinen Ausführungen verwies der erste Referent, Miedel, Berlin, auf die erste Konferenz des Pflegepersonals im Mai 1906 in Mainz. Er erinnerte an die Ausführungen der Genossen Antritz und Singer im Reichstag aus den Jahren 1900, 1901, 1902 und 1903. Trotzdem damals das Gland des Pflegepersonals mit seinen Gefahren für diese Berufsgruppe und zugleich auch für die Patienten der Anstalten in ausgezeichnetster Weise geschildert wurde, ist heute, nach so vielen Jahren, das Gland fast genau so groß. Reichsregierung, Landesregierungen, Kreisregierungen und Gemeinden haben auf diesem Gebiete versäumt, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Die Lage des Personals ist eine miserable; unterliegt doch dasselbe größtenteils noch der Gefährdung. Ja, das Gland auf dem Lande ist in vielen Fällen oft besser daran als die Pfleger mancher Anstalten; weils doch mancher Landwirt immerhin die Arbeit einzuschätzen, weil er schließlich selbst mit zugreifen muß. In den Anstalten fehlt jedoch oftmals jedes Verständnis für die von dem Personal zu leistende Arbeit, denn sonst könnte seitens der einzelnen Anstaltsleitungen nicht verlangt werden, daß die Pfleger 14 und 15 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten und dabei „24 gute Eigenschaften“ sich aneignen und beibehalten müssen.

An der Hand der Statistiken für Krankentassen ist nachzuweisen, daß in manchen Anstalten das Personal in einem Jahre dreimal in seiner Gesamtzahl den Dienst gewechselt hat. Welche Gefahr in diesem steten Wechsel für die armen und unglücklichen Kranken liegt, kann sich jeder leicht denken. Es hat daher auch das Publikum ein Recht, zu erfahren, wie es in den Anstalten aussieht, und auch alle Ursache, das Personal in seinem Streben nach besseren Verhältnissen zu unterstützen.

Vor allen Dingen ist dem Kost- und Logiswesen als auch dem Verehelichungsverbot in den Anstalten zu leibe zu rücken. Da die Anstaltsleitungen von den ihnen zugewiesenen verfügbaren Summen möglichst auch noch etwas zu „sparen“ versuchen, ist die Qualität und Quantität der Kost recht verbesserungsbedürftig. Vor allen Dingen, weil in den meisten Anstalten den Leuten überhaupt nicht bekannt ist, was für Nationen sie zu beanspruchen haben; ja, viele wissen nicht einmal, welcher Verpflegungssatz für sie in Frage kommt. Das Recht der Verehelichung muß ebenfalls dem Personal zugestanden werden. Die Anschauung, daß durch die Verehelichung der Dienst leide, ist durchaus falsch, denn durch die Ehe wird der Mensch zu ernstem Charakter erzogen. — Am Schluß seiner Ausführungen hob der Referent hervor, daß es kein längeres Zuwarten mehr geben könne; es gelte, die Reichsregierung sowie die einzelnen Landesregierungen ernsthaft daran zu erinnern, durch Gesetze eine Besserung im Pflegeberuf herbeizuführen.

Sebold, als zweiter Referent, ging speziell auf die bayerischen Verhältnisse ein. An Hand zusammengestellten Materials wies er die Notwendigkeit der Angliederung des Pflegepersonals an das staatliche Gehaltsregulativ nach. Neben das zurzeit bestehende Lohnsystem werden wir in einem besonderen Artikel berichten. Daß das Dienstverhältnis so sehr im argen liegt, ist nach den Darlegungen des Referenten der Zusammensetzung der Landräte zuzuschreiben. Auf diese Zusammensetzung haben die Arbeiter leider noch sehr wenig Einfluß. So ist z. B. in den drei fränkischen Landräten nicht ein einziger Arbeitervertreter zu finden. Aber nicht nur an den Landräten liegt die Schuld, sondern auch die einzelnen Anstaltsdirektionen tragen zu den bestehenden Beschwerden bei. Angeberhören, Straßhören, überhaupt Auechts hören ist fast überall eingebürgert, und der Pfleger scheint machtlos dem gegenüber zu stehen. So halten z. B. Oberpfleger und Oberpflegerinnen „Konferenzen“ unter sich ab, in welchen die mißliebigen Pfleger resp. Pflegerinnen angeschmäht werden. Diese Konferenzen werden nicht mit Unrecht vom Pflegepersonal als „Kammergericht“ bezeichnet. Sind doch schon Beweise vorhanden, wie auf diese Weise einzelnen Angehörigen das bürgerliche Unrecht zugefügt worden ist.

In Regensburg haben z. B. Pfleger mit 10 und 11 Dienstjahren selbst den Dienst gekündigt, weil sie das Kammerleben satt hatten. In Traunstein sollte ein Pfleger entlassen werden, weil er sich einer Körperverletzung schuldig gemacht haben sollte, ohne daß er die geringste Ahnung davon hatte. Es blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als gegen sich selbst Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft zu stellen. Wertwürdig ist das Verhalten der Direktion in diesem Falle. Sie erklärte einen früheren Insassen der Anstalt, welcher schon mehrere Male eingeliefert war, für vernehmungsfähig und eidesfähig. Der Verteidiger wies auf die Wertlosigkeit solcher Zeugen hin und prophezeite, daß es gar nicht ausgeschlossen sei, daß derselbe Zeuge in gar nicht zu langer Zeit als Geisteskranker wieder zur Behandlung eingeliefert werden könnte. In Wirklichkeit wurde derselbe Zeuge 14 Tage nach der Verhandlung wieder der Anstalt zugeführt! Das Gericht sprach denn auch den Pfleger frei.

Auch die Anstaltsgeistlichen glauben mitunter ihr Teil zur Verschlechterung beizutragen zu müssen. Diesen wie auch den Direktionen will es durchaus nicht behagen, daß das Pflegepersonal den Weg zur Organisation gefunden hat. Alle denkbaren Mittel werden in Anwendung gebracht, um die Pfleger und Pflegerinnen von der Organisation wieder abwendig zu machen. Bei den Pflegerinnen scheint man die sogenannten „Erbauungstunden“ als das praktischste Vernichtungsmittel zu betrachten. Auch Sebold hielt es für dringend nötig, daß der Staat durch Gesetz ein einheitliches System schaffe.

Nach der Mittagspause wurde in die Diskussion eingetreten. An dieser beteiligten sich Delegierte der Anstalten Gabssee, Galling, Babreuth, München, Domburg sowie sämtliche Gauleiter. Es seien nur einige der in der Diskussion laut gewordenen Mängel hier angeführt.

In Gabssee ergibt sich bei Umrechnung des Gehalts nach den gekürzten Dienststunden eine Bezahlung von 19 M. pro Stunde. Auch wird bei Erkrankung des Pflegers der Verpflegungssatz diesem nicht ausbezahlt, wiewohl derselbe doch ein Bestandteil des Lohnes ist und mit verrechnet werden muß.

In Galling, wie übrigens auch in den übrigen Anstalten, wird die Wäsche des Pflegepersonals mit der der Kranken gewaschen, was vom gesundheitlichen Standpunkt her nicht gut zu nennen ist.

In Babreuth hat der Wechsel der Direktion leider keine Besserung der Verhältnisse gebracht, wie erwartet wurde, wohl aber in mancher Beziehung Verschlechterungen. Vor allen Dingen läßt auch hier die Kost zu wünschen übrig, bezugnehmend die freie Zeit. Ein weiterer Uebelstand ist das Schlafen in den Krankenzellen. Von einem ständigen Schlaf ist unter diesen Verhältnissen natürlich keine Rede.

Was für ein Regime in Ansbach herrscht, zeigt ein Brief von dort, wonach es die Pfleger nicht wagten, einen Delegierten zur Konferenz zu entsenden, weil sie fürchteten, entlassen zu werden! Wegen der kleinlichen Verehelichung wird den Leuten der Stuhl vor die Tür gesetzt. Auch hier läßt die Kost sehr viel zu wünschen übrig, und zwar nicht nur in der Qualität, sondern auch in der Quantität. An ein Sattessen ist gar nicht zu denken. Früh 7 Uhr gibt es etwas Kaffeetrunk mit einem trockenen

ein Vorgesetzter von uns, Herr Oberarzt Dr. Schott, an der Heil- und Pflanzanstalt Weinsberg in Württemberg, gibt uns denselben Rat. In der „Artenpflege“ von 1908, Heft 1, Seite 2 schreibt er, nachdem er die Berechtigung vieler unserer Forderungen zugegeben: „Das beste Mittel zur Erreichung wird eine starke gewerkschaftliche Organisation sein“. Das müssen wir vor allem aus unserer Geschichte lernen: nur ein einheitlich organisierter Krankenpflegerstand wird auf die Dauer sich behaupten können gegen kirchliche Eroberungsgeheiß und gegen rüchthändige Verwaltungsmaschinen, und vor allem gegen das Vorurteil der besseren Schwesternpflege. Der einzelne wird von diesen drei Faktoren einfach beiseite geschoben.

Ein bedauerlicher Mangelstand hat sich leider in den Reihen der weltlichen Krankenpfleger eingeschlichen: das ist ein falscher Ständesdünkel, eine Ueberhebung, die mitunter geradezu lächerlich werden kann. Wenn sich auch jetzt die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten wendet, so dürfen wir keineswegs vergessen, daß wir noch lange, lange nicht in den Besitz all der Vergünstigungen sind, die nötig sind, um unter gesicherten sozialen Verhältnissen unseren hohen, idealen Beruf auszuüben. Besonders hervortretend ist die rechtliche Unsicherheit des Pflegepersonals: das Kost- und Logiswesen zwingt es unter die Gefindeordnung. Was soll denn da ein dummer Ständesdünkel? Es ist ein großer Fehler, wenn sich das Pflegepersonal in irgendeinen Verein oder Verband zusammenschließt, nur mit dem ausgesprochenen Zweck, das Ständesbewußtsein zu heben. So erfreulich dabei der Zusammenschluß an und für sich ist – das leitende Motiv ist nicht das richtige. Die einzig richtige Form der Organisation ist die Gewerkschaft. Der tiefe sittliche Gehalt, der Kulturwert der Gewerkschaften ist's, der seinen Anhängern das richtige Ständesbewußtsein beibringt. Der jetzige Stand der Organisation, mit seinen 30 oder 40 Gruppen und Grüppchen, der zieht den Ständesdünkel hoch, und dieser wieder ist's, der dem allgemeinen Organisationsgedanken so hinderlich ist.

Zu begreifen ist es daher, daß es aber trotzdem eine große Reihe von Kollegen und Kolleginnen begreifen haben, wo die richtige Organisation ist, indem sie sich der „Sektion Krankenpfleger“ des Staats und Gemeindefachverbands angeschlossen haben. Ein anderer Teil hat sich in dem christlichen „Krankenpflegerverband“ organisiert. Doch nach all dem, was man von diesem „Verband“ hört und sieht, wird er wohl zur Bedeutungslosigkeit bestimmt sein. Der Geist, der darin wie überhaupt in den christlichen Gewerkschaften herrscht, läßt nun einmal keine energische Vertretung der Berufsinteressen zu. Die christlichen Gewerkschaften sind Fiktionalien des Zentrums, und diese Partei hat noch nie etwas für die Kultur, für die Arbeiter, übrig gehabt. Christliche Arbeitervertreter stimmten in Düsseldorf für die Einführung von Ordenspersonal: christliche Arbeitervertreter hatten im preussischen Landtage mit an der Entrechtung und Anebelung des Volkes. Um das Volk abzulenken von dieser famosen Kulturtätigkeit, verlästern sie die freien Gewerkschaften, sprechen von sozialdemokratischen Gewerkschaften, Arbeiterbetrug usw. Und speziell der christliche Krankenpflegerverband stößt in dieses Horn und zieht auf der anderen Seite einen falschen Ständesdünkel groß. Durch seine eigene Taktik gräbt er sich selbst sein Grab.

Diese kleine Abschweifung war nötig, um dem Pflegepersonal zu zeigen, daß nicht große Worte, sondern Taten am besten den Wert oder Unwert einer Organisation zeigen.

Mit der Erstarkung des beruflichen Krankenpflegerstandes bilden sich zwei große Uebel aus, die nicht nur unserem Beruf als Ganzes schaden, sondern in noch viel höherem Maße dem einzelnen. Es sind dies die sogenannten „Nachschulen“ und das Stellenvermittlungswesen. Bei diesen „Nachschulen“ ist nicht die Ausbildung die Hauptsache. Nein, ein spekulativer Pädagoge oder Kurhausbesitzer will sich

dadurch unentgeltliche Arbeitskräfte, die obendrein noch bezahlen müssen, verschaffen. Wo noch staatliche Prüfung damit verbunden ist, geht die Sache ja noch, wo aber ein leicht erhaltliches, nichtslagendes „Prüfungsdiplom“ die „Ausbildung“ abschlüsselt, da ist das Geld wohl zum Fenster hinausgeworfen, und ein „Kassieur“ oder „Bademeister“ ist mehr in dem schon überfüllten Fenne. So ein neugeborener „Kassieur“ wird dann bald das andere Uebel kennen lernen: die Stellenvermittlung. Der stillenlose Krankenpfleger oder Bademeister ist ein gesundes Ausbeutungsobjekt der Stellenvermittler. 10, 20 M. und noch mehr muß mitunter für eine Stelle bezahlt werden; und da das Badepersonal meist auf Saison angestellt, beginnt diese Stellenjagd mit allen ihren Enttäuschungen bald von neuem. Hier ist es Pflicht des Staates, helfend einzugreifen, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Vorerst wird es jedoch Aufgabe der Gewerkschaften sein, wenigstens die Auswüchse zu bekämpfen. Unnachlässig müssen einzelne Fälle an den Pranger gestellt werden.

Wenn wir unseren Blick noch einmal nach rückwärts wenden und den Werdegang des weltlichen Krankenpflegers betrachten, so werden wir finden, daß bis zum Jahre 1000 die Pflege der Kranken fast unbeschränktes Monopol der Kirche war: mit dem Erstarken der Städte wurde der Einfluss der Kirche durch ritterliche und weltliche Orden merklich gebrochen. Leider wurde nach 1500 die Ausbildung der Pflegepersonen sehr vernachlässigt und durch mittelalterliche Dienstverhältnisse eine Ver schlechterung der Qualität herbeigeführt. Als man aber im 19. Jahrhundert, gezwungen durch den Geist der Neuzeit, einige Änderungen schuf, bildete sich sofort ein Krankenpflegerstand, über den nicht nur die Ärzte, sondern auch die Kranken nur anerkennend urteilten.

Und nun ein letztes: Aus der Betrachtung unseres Werdeganges spricht die Notwendigkeit der Organisation auf Grundlage der freien Gewerkschaften in dem Staatsarbeiterverband, Sektion Krankenpfleger. Die Lehre unserer Geschichte ist das Lobelied auf die Organisation. Die Kollegen allerwärts mühten gar kein bißchen Verursache mehr haben, wenn sie dieser Lehre kein Gehör schenken wollten. Aber soviel Einsicht ist wohl bei jedem vorauszusetzen. An uns, die wir schon organisiert sind, tritt die Notwendigkeit heran, unabhängig für den Gedanken der Organisation zu wirken, immer und immer der verdammten Gleichgültigkeit den Krieg zu erklären: endlich muß der Sieg doch unser werden! Wenn es ist auch Mühe und Verdruß verursacht: jeder neue Erfolg entschädigt reichlich dafür, und nicht zum mindesten ist es das Bewußtsein, das uns befriedigt: Unsere Arbeit ist im höchsten Sinne Kulturarbeit!

Der Gleichgültigkeit den Krieg,
Der Arbeit den Sieg! —if.—

Fort mit dem Kost- und Logiszwang! Warum?

Der Kost- und Logiszwang ist eine veraltete, fortschritts- und kulturfeindliche Lohnform.

Der Kost- und Logiszwang hindert die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse: er ist ein Feind geregelter und kurzer Arbeitszeit und anständiger Löhne.

Der Kost- und Logiszwang ist ein Mittel, den Arbeiter in noch größerer Unfreiheit und Gebundenheit zu erhalten und ihn noch leichter und bequemer zu überworken, als solches die anderen Lohnsysteme erlauben.

Der Kost- und Logiszwang unterstellt den Arbeiter der Vormundschaft des Unternehmers auch außerhalb der Arbeitszeit.

Der Kost- und Logiszwang hemmt die freie Entwicklung der Geistes- und Charakterbildung: er unterdrückt das menschliche Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen und fördert die demutsvolle Untertanhaftigkeit und die Kriecherei.

Fort damit mit dieser schädlichen, schändlichen, nur dem privaten wie gemeindlichen Unternehmertum nützlichen, veralteten Lohnform!

Konferenz des Pflegepersonals in den Kreisirrenanstalten Bayerns und der Pfalz.

Unser Verband hatte für das Pflegepersonal in den Kreisirrenanstalten Bayerns und der Pfalz für den 24. Juni eine Konferenz nach dem „Thomasteller“ in Regensburg einberufen.

Von den 15 vorhandenen Anstalten hatten 9 ihre Vertreter geschickt, und zwar: Kaufbeuren, Galling, Porenth, Gabssee, Psychiatrische Klinik in München, Marihaus-Prüll, Erlangen und Domburg. Die Zahl der Delegierten betrug 21. Außerdem waren anwesend: ein Mitglied des Hauptvorstandes von Berlin, je ein Gauleiter von München, Augsburg, Nürnberg und Rastheim. Die sozialdemokratische Fraktion wurde vom Genossen Landtagsabgeordneten Auer vertreten. Ebenso hatte das Regensburger Gewerkschaftsblatt und die Regensburger Ortsleitung einen Vertreter entsandt.

Die Tagesordnung lautete:

1. Das Pflegepersonal und das staatliche Gehaltsregulativ.
2. Unsere Eingabe an die Kreisregierungen bzw. an den Landtag.

Referenten hierzu waren L. Nidel, Berlin und Dr. Sebold, München.

Vorher in die Tagesordnung eingetreten wurde, galt es eine Zweckmäßigkeitssache zu erledigen. Zu gleicher Zeit hatte nämlich die „christliche“ Organisation in Regensburg eine Konferenz desselben Personals einberufen. Der Vertreter des Hauptvorstandes warf nun die Frage auf, ob den „Christlichen“ der Vorschlag gemacht werden solle, sich an der Konferenz, welche vom Gemeindearbeiterverband einberufen war, zu beteiligen. Da auf der „christlichen“ Konferenz jedoch nur 6 Vertreter anwesend waren, wurde die Frage verneint.

In seinen Ausführungen verwies der erste Referent, Nidel, Berlin, auf die erste Konferenz des Pflegepersonals im Mai 1906 in Mainz. Er erinnerte an die Ausführungen der Genossen Antrid und Singer im Reichstag aus den Jahren 1900, 1901, 1902 und 1903. Trotzdem damals das Elend des Pflegepersonals mit seinen Gefahren für diese Berufsgruppe und zugleich auch für die Patienten der Anstalten in ausgezeichnete Weise geschildert wurde, in heute, nach so vielen Jahren, das Elend fast genau so groß. Kreisregierung, Landesregierungen, Kreisregierungen und Gemeinden haben auf diesem Gebiete versäumt, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Die Lage des Personals ist eine miserabel; unterteilt doch dasselbe größtenteils nach der Gemeindeordnung. In das Gefilde auf dem Lande ist in vielen Fällen oft besser daran als die Pfleger mancher Anstalten; weiß doch mancher Landwirt immerhin die Arbeit einzuschätzen, weil er schließlich selbst mit zugreifen muß. In den Anstalten fehlt jedoch oftmals jedes Verständnis für die von dem Personal zu leistende Arbeit, denn sonst könnte seitens der einzelnen Anstaltsleitungen nicht verlangt werden, daß die Pfleger 11 und 15 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten und dabei „21 gute Eigenschaften“ sich aneignen und beibehalten müssen.

An der Hand der Statistiken für Kranke ist in nachzuweisen, daß in manchen Anstalten das Personal in einem Jahre dreimal in seiner Gesamtzahl den Dienst gewechselt hat. Welche Gefahr in diesem steten Wechsel für die armen und unglücklichen Kranken liegt, kann sich jeder leicht denken. Es hat daher auch das Publikum ein Recht, zu erfahren, wie es in den Anstalten aussieht, und auch alle Ursache, das Personal in seinem Streben nach besseren Verhältnissen zu unterstützen.

Vor allen Dingen ist dem Mönch und Logisweisen als auch dem Verhebelichungsverbot in den Anstalten zu leide zu rufen. Da die Anstaltsleitungen von den ihnen zugewiesenen verfügbaren Summen möglichst auch noch etwas zu „sparen“ versuchen, in die Qualität und Quantität der Mönch recht verbesserungsbedürftig. Vor allen Dingen, weil in den meisten Anstalten den Leuten überhaupt nicht bekannt ist, was für Forderungen sie zu beanspruchen haben; ja, viele wissen nicht einmal, welcher Verpflichtung sie für sie in Frage kommt. Das Recht der Verhebelichung muß ebenfalls dem Personal zugestanden werden. Die Anschauung, daß durch die Verhebelichung der Dienst leide, ist durchaus falsch, denn durch die Ehe wird der Mensch zu einem Charakter erzeugt. Am Schluß seiner Ausführungen hob der Referent hervor, daß es kein längeres Zuwarten mehr geben könne; es gelte, die Kreisregierung sowie die einzelnen Staatsregierungen ermahnen, daran zu erinnern, durch Gesetz eine Besserung im Pflegeberuf herbeizuführen.

Sebold, als zweiter Referent, ging speziell auf die bayerischen Verhältnisse ein. An Hand zusammengestellten Materials wies er die Notwendigkeit der Angliederung des Pflegepersonals an das staatliche Gehaltsregulativ nach. (Ueber das zurzeit bestehende Wohnsystem werden wir in einem besonderen Artikel berichten.) Daß das Dienstverhältnis so sehr im argen liegt, in nach den Darlegungen des Referenten der Zusammensetzung der Vordräte zuzuschreiben. Auf diese Zusammensetzung haben die Arbeiter leider noch sehr wenig Einfluß. So ist z. B. in den drei fränkischen Vordräten nicht ein einziger Arbeitervertreter zu finden. Aber nicht nur an den Vordräten liegt die Schuld, sondern auch die einzelnen Anstaltsdirektionen tragen zu den bestehenden Beschwerden bei. Angeberstimm, Straßstimm, überhaupt Stimmstimm in fast überall eingebürgert, und der Pfleger scheint machtlos dem gegenüber zu stehen. So halten z. B. Oberpfleger und Oberpflegerinnen „Konferenzen“ unter sich ab, in welchen die mißliebigen Pfleger resp. Pflegerinnen angegründet werden. Diese Konferenzen werden nicht mit Unrecht vom Pflegepersonal als „Kammergericht“ bezeichnet. Sind doch schon Beweise vorhanden, wie auf diese Weise einzelnen Angehörigen das bürgerliche Recht zugefügt worden ist.

In Regensburg haben z. B. Pfleger mit 10 und 11 Dienstjahren selbst den Dienst gekündigt, weil sie das Jammerleben satt hatten. In Traunsee in sollte ein Pfleger entlassen werden, weil er sich einer Körperverletzung schuldig gemacht haben sollte, ohne daß er die geringste Abnung davon hatte. Es blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als gegen sich selbst Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft zu stellen. Werthwirdig ist das Verhalten der Direktion in diesem Falle. Sie erklärte einen früheren Insassen der Anstalt, welcher schon mehrere Male eingeliefert war, für vernunftlos und eidesfähig. Der Verteidiger wies auf die Wertlosigkeit solcher Zeugen hin und prophezeite, daß es gar nicht ausgeschlossen sei, daß derselbe Zeuge in gar nicht zu langer Zeit als Geisteskranker wieder zur Behandlung eingeliefert werden könnte. In Wirklichkeit wurde derselbe Zeuge 14 Tage nach der Verhandlung wieder der Anstalt zugeführt! Das Gericht sprach denn auch den Pfleger frei.

Auch die Anstaltsärztlichen glauben mitunter ihr Teil zur Verschlechterung beizutragen zu müssen. Diesen wie auch den Direktionen will es durchaus nicht behagen, daß das Pflegepersonal den Weg zur Organisation gefunden hat. Alle denkbaren Mittel werden in Anwendung gebracht, um die Pfleger und Pflegerinnen von der Organisation wieder abwendig zu machen. Bei den Pflegerinnen scheint man die sogenannten „Erbaunungsstunden“ als das praktischste Vernichtungsmittel zu betrachten. Auch Sebold hielt es für dringend nötig, daß der Staat durch Gesetz ein einheitliches System schaffe.

Nach der Mittagspause wurde in die Diskussion eingetreten. An dieser beteiligten sich Delegierte der Anstalten Gabssee, Galling, Porenth, München, Domburg sowie sämtliche Gauleiter. Es seien nur einige der in der Diskussion laut gewordenen Mängel hier angeführt.

In Gabssee ergibt sich bei Umrechnung des Gehalts nach den geleisteten Dienstjahren eine Pechzahlung von 10 Pf. pro Stunde. Auch wird bei Erkrankung des Pflegers der Verpflichtungsjahr diesem nicht ausbezahlt, wiewohl derselbe doch ein Bestandteil des Lohnes ist und mit verrechnet werden muß.

In Galling, wie übrigens auch in den übrigen Anstalten, wird die Wäsche des Pflegepersonals mit der der Kranken gewaschen, was vom gesundheitslichen Standpunkt sicher nicht gut zu nennen ist.

In Porenth hat der Wechsel der Direktion leider keine Besserung der Verhältnisse gebracht, wie erwartet wurde, wohl aber in mancher Beziehung Verschlechterungen. Vor allen Dingen läßt auch hier die Mönch zu wünschen übrig, desgleichen die freie Zeit. Ein weiterer Mangel ist das Schlafen in den Krankenzellen. Von einem ständigen Schlaf in unter diesen Verhältnissen natürlich keine Rede.

Was für ein Regime in Ansbach herrscht, zeigt ein Brief von dort, wonach es die Pfleger nicht wagten, einen Delegierten zur Konferenz zu entsenden, weil sie fürchteten, entlassen zu werden! Wegen der ständigen Verhebelichung wird den Leuten der Stuhl vor die Tür gesetzt. Auch hier läßt die Mönch sehr viel zu wünschen übrig, und zwar nicht nur in der Qualität, sondern auch in der Quantität. An ein Sattessen in gar nicht zu denken. Auch 17 Uhr gibt es etwas Kaffeetränke mit einem trockenen

Beden; dann heißt es Gungertänzer spielen bis 11 Uhr mittags. Zu dieser Zeit wird das Mittagessen eingenommen. Auch dies kann nicht mit Ruhe eingenommen werden, denn Mittagspause ist nur für die Kranken da. Jeder Zubehörsbesitzer, jeder Landwirt gibt und gönnt seinem Vieh die nötige Ruhe, um sich wieder erholen zu können. In den staatlichen Anstalten ist dies nicht einmal den Menschen vergönnt. Während die Kranken der Ruhe pflegen, müssen die Pfleger die verschiedensten Kleinarbeiten verrichten, z. B. Holz zerkleinern, Essen verteilen usw. Von Mittag bis abends 6 Uhr gibt es wiederum nichts. Erst zu dieser Stunde gibt es als Abendbrot entweder Käse oder Wurst. Dabei beginnt der Dienst früh 1/6 Uhr und endet abends 9 Uhr.

In Erlangen hat die Direktion dem Personal, seitdem es organisiert ist, den Konzertbesuch entzogen. Wie rücksichtslos auch hier die Direktion gegen mühselige Pfleger vorgeht, zeigt die Entlassung desjenigen Pflegers, welcher bei der Gründung der Filiale den Vorsitz übernommen hatte. Gleichzeitig mit der Kündigung war ihm auch verboten worden, Briefe irgend welcher Art während der Dienststunden zu schreiben. Da aber früh vor 6 Uhr der Dienst schon beginnt und erst abends 9 Uhr endet, gibt es natürlich auch keine dienstfreie Zeit, und nach 9 Uhr in das Verweilen in den Räumen nicht gestattet. Weil sich der Pfleger nun von einem Patienten, welcher übrigens für die Direktion häufig schriftliche Arbeiten verrichten muß, ein Bewerbungsschreiben anfertigen ließ, wurde der Pfleger ohne jede Kündigung sofort entlassen; dazu stellte ihm die Direktion ein Zeugnis aus, welches ihm die Annahme einer Pflegerstelle in anderen Anstalten unmöglich machte. Die Kreisregierung von Mittelfranken in indessen durch unsere Rechtslage verurteilt worden, dem Pfleger das fehlende Gehalt auszusahlen und ein anderes Zeugnis auszustellen. Schlimm genug, wenn Regierungen sich erst durch Urteilsfällung rektifizieren lassen müssen. Ferner kam durch den Prozeß eine Bestimmung zur Kenntnis, welche man in staatlichen Betrieben einfach nicht für möglich halten sollte. Herr Direktor Würschmidt erklärte als Zeuge, daß in Bayern eine Bestimmung vorhanden sei, nach welcher entlassene Pfleger nicht mehr in bayerischen Anstalten eingestellt werden dürfen. Also gerade wie beim schlimmen Scharfmacher-Verband! Es wird wahrhaftig Zeit, daß hierüber im Landtag einmal Fraktion gesprochen wird.

In Deggendorf werden Leute mit 17 und 18 Jahren zum Pflegerdienst verwendet. Hier wie auch in Wernse sind die miserabelsten Löhne vorhanden. Dieses scheint auch der Grund für die Verschärfung so jugendlicher Leute als auch des außerordentlich großen Personalwechsels zu sein.

Ueber Domburg wurde besonders bezüglich der Mohn-Mlage geführt. Während in einer anderen bayerischen Anstalt Wurst mit Schallaus den Pflegern zugemutet wurde, in es in Domburg schon vorgekommen, daß die Suppe mit Nägeln, Bechern und Rughürten gewürzt war. Auch Bestandteile einer Tabakspfeife wurden schon aus der Suppe gefischt, so daß man fürchten mußte, die Köchin ließe sich manchmal ein Pfeischen gut schmecken.

So entrollte sich in der Diskussion ein Bild traurigster Art.

Der Genosse Landtagsabg. Auer erklärte denn auch, daß er aus den Verhandlungen ersichen habe, wie notwendig eine Regelung durch Gesetz sei. Dies liege nicht nur im Interesse des Personals, sondern vor allen Dingen auch im Interesse der den Anstalten anvertrauten Insassen. Die Fraktion werde für die nur zu berechtigten Forderungen voll und ganz eintreten. Nach seiner Meinung sei es nötig, daß bei Beratung des Gemeinbeamtengesetzes die Frage für die Angestellten der Kreisirrenanstalten mit geregelt werde. Er ersucht die Organisationsleitung, die Fraktion jederzeit mit dem nötigen Material zu versehen. Für unmöglich hielt er die bereits erwähnte Bestimmung, nach welcher entlassene Pfleger in Bayern nicht mehr in bayerische Anstalten eingestellt werden können. Derartige Maßnahmen müßten ganz entschieden beseitigt werden.

Als Willensmeinung der Konferenz kamen nachstehende Resolutionen zur Abstimmung und fanden einstimmige Annahme:

I.

Die Konferenz ersucht die Uebnahme der gesamten Irrenpflege auf den Staat als ein dringendes Bedürfnis; sie beauftragt deshalb den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, zur nächsten Session des bayerischen Landtages sowie an die bayerische Staatsregierung namens gegenwärtiger Konferenz einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Gleichzeitig ersucht die Konferenz die Landtagsfraktionen, diesem sowohl im

Interesse des Staates, der armen Kranken, als auch des gesamten Anstaltspersonals gelegenen Antrag die weitgehendste Unterstützung angedeihen lassen zu wollen."

II.

Die Konferenz erklärt, daß die Lage des Personals einer dringenden Verbesserung bedarf. Die Konferenz ersucht deshalb die Kreisregierungen, für die psychiatrisch-klinisch in München die Staatsregierung von Bayern, in den Etat für 1911 die Mittel, soweit solche nötig sind, einzusetzen zu wollen, um 1. dem gesamten Anstaltspersonal (einschließlich des technischen Personals) nach dreijähriger Dienstzeit das Recht zu verleihen, 2. nach zehnjähriger Dienstzeit das Anstellungsverhältnis gemäß Artikel 6 des bayerischen Beamtengesetzes unwiderruflich zu gestalten; 3. Pfleger analog Klasse 25 (15—2100 M.), Pflegerinnen analog Klasse 20 (12—1800 M.), Heizer und Raschmisten analog Klasse 22 (18—2400 M.), Stillscheiter, Stillschmiedinnen, Manuallöhner nach Klasse 25 (15—2100 M.) zu entlohn; 4. das übrige Anstaltspersonal: Gärtner, Portier usw., in Gehaltsklassen analog dem Beamtengehalt einzurufen; 5. von diesen Gehaltsstufen gelten 600 M. jährlich für Kost und Verpflegung usw.; für Verbeiratete, die außerhalb der Anstalt eine Wohnung haben, jedoch nur 420 M.; 6. dem Personal ist hierfür Kost zweiter Klasse zu verabreichen; soweit dies dienstlich möglich ist, in das Personal jedoch vom Kostzwang zu befreien; 7. an freier Zeit sind dem Personal mindestens wöchentlich 24 Stunden ununterbrochen zu gewähren; dazu sollen Verbeiratete mindestens wöchentlich noch zwei weitere Nächte im Kreise ihrer Familie verbringen dürfen; 8. alljährlich soll das Personal 14 Tage, vom zehnten Dienstjahre ab drei Wochen Urlaub erhalten; während dieser Zeit ist die Verpflegung in bar zu gewähren; 9. hinsichtlich der Pensionierung und der Hinterbliebenenfürsorge sollen die Bestimmungen des bayerischen Staatsbeamtengesetzes maßgebend sein, soweit nicht schon bessere Verhältnisse bestehen; 10. Beiträge hierzu sollen vom Personal nicht eingezogen werden; 11. der Zwang zur Mitarbeit des Pflegepersonals ist aufzuheben; 12. bei Krankheit, militärischen Übungen usw. sind dem Personal die Bezüge aus reichsgesetzlichen Kassen auf die Dauer von sechs Monaten bis zur vollen Gehaltshöhe zu ergänzen."

III.

Die Konferenz stellt fest, daß zwar der Koalitionsfreiheit des Personals von den Anstaltsleitungen theoretisch nichts in den Weg gelegt wird. In der Praxis hingegen wird dem Personal dieserhalb — namentlich von den unteren Aufsichtsorganen — oft genug zu vernehen gegeben, daß diese Betätigung nicht möglich sei. Bei der abhängigen Stellung des Anstaltspersonals gibt es Mittel und Wege genug, um solchen Vorstellungen einen entsprechenden Nachdruck zu verleihen resp. bei passender Gelegenheit auf die Entlassung solchen organisierten Personals hinzuwirken. Die Beweggründe hierzu liegen gewöhnlich darin, daß die Aufsichtsorgane — soweit sie nicht von über ihnen stehenden Vorgesetzten dazu animiert sind — befürchten, durch die Organisation und Aufklärung des Personals Ungelegenheiten zu bekommen. Wenn die Konferenz dies vor dem Forum der Öffentlichkeit stellt, so deshalb, weil diese Unterbindung der Koalitionsfreiheit zu den schwersten Schädigungen sowohl des Personals als auch der Anstaltsverhältnisse führen muß. Die Konferenz ersucht deshalb die Kreisregierungen, den Anstaltsvorständen wiederholt Weisung zu geben zu lassen, daß dem Anstaltspersonal das Koalitionsrecht voll und ganz zusteht und daß sich die Vorgesetzten jeder Einschränkung und Behinderung desselben strengstens zu enthalten haben."

Zur Lage des Personals in den bayerischen Irrenanstalten.

Daß dem Pflegepersonal in den bayerischen Irrenanstalten auch mehr Augenmerk zugewendet wird, ist zweifellos ein Verdienst unseres Verbandes, der sich zuerst dieses Personals annahm. Die bei der Regensburger Konferenz aufgestellten Forderungen sind das Produkt genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse. Das beweist vor allem auch nachfolgende, vor wenigen Tagen an die bayerischen Kreisregierungen ergangene Entschließung des bayerischen Staatsministeriums des Innern. Sie lautet:

K. Staatsministerium des Innern.

Betreff:

Verhältnis des Pflegepersonals in den Kreisirrenanstalten.

Die Verhältnisse des Pflegepersonals in den bayerischen Kreisirrenanstalten sind, soweit sie aus den Vorlagen der Regierungen entnommen werden konnten, in der Uebersicht zusammengestellt. Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß

nicht nur in den Gehalts-, sondern auch in den sonstigen Dienstverhältnissen des Pflegepersonals zwischen den Anstalten der einzelnen Kreise sehr große Unterschiede bestehen.

Diese Unterschiede finden in den verschiedenen Betriebsformen der Anstalten, der verschiedenen Leistungsfähigkeit der Kreise oder in den Unterschieden, die einzelne Kreise in bezug auf die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, namentlich am Betriebsfiskus der Anstalt und ihrer Umgebung, aufweisen, keine ausreichende Begründung. Es muß vielmehr angenommen werden, daß einzelne Regierungen und Landräte die große Bedeutung, die ein williges, verlässiges und ständiges Pflegepersonal für einen ordnungsgemäßen Betrieb von Anstalten besitzt, noch nicht in entsprechender Weise würdigen.

Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der einzelnen Kreise und ihrer Anstalten wird vorerst davon abgesehen, einheitliche Mindestforderungen für die Regelung der Verhältnisse des Pflegepersonals aufzustellen. Die Regierungen sollen aber auf Grund der Zusammenstellung und etwaiger weiterer Erhebungen in einer Beratung ihrer Referenten mit den Direktoren und Oberärzten der Anstalten eingehend prüfen, ob und nach welcher Richtung eine Verbesserung der Verhältnisse des Pflegepersonals ein Bedürfnis ist. Die nach dem Ergebnisse der Prüfungen veranlaßten Anträge sind alsdann dem Landrate bei seinem nächsten Zusammentritt zu unterbreiten und mit Nachdruck zu vertreten.

Hierbei ist außer einer angemessenen Besoldung und einer nach Menge und Zubereitung einwandfreien Verköstigung des Pflegepersonals insbesondere eine entsprechende Fürsorge für den Fall der Krankheit und dauernder Dienstunfähigkeit, Gewährung von Auszeiten während des Dienstes, ein entsprechender Wechsel der Verköstigung, die Gewährung von dienstfreien halben und ganzen Tagen in angemessenen Zwischenräumen, die Bewilligung einer Entschädigung für die nicht verabreichte Kost während der dienstfreien Tage und des Urlaubs, die Bereitstellung von Erholungsräumen für das vom Dienst befreite Personal, die Bereitstellung besonderer Schlafplätze für das Personal und von Wohnungen für das verheiratete Personal durch den Bau von Pflegehäusern anzustreben.

Bei einzelnen Kreisen sind diese Forderungen schon zum größten Teile erfüllt; einzelne Forderungen werden sich nicht bei allen Anstalten oder nur mit der Zeit verwirklichen lassen.

Die Durchführung dieser Forderungen wird für einzelne Kreise mit einem erheblichen Mehraufwand für die Anstalten verbunden sein, zumal sich eine Vermehrung des Pflegepersonals herausstellt.

Soweit dies der Fall ist, besteht keine Erinnerung, wenn dies nur schrittweise erfolgt und auf mehrere Jahre verteilt wird; doch ist bei der bezüglichen Beratung ein Plan über die in mehreren Jahren durchzuführenden Verbesserungen aufzustellen.

Bei der Vorlage der Vorschläge der Kreisgemeinden für 1911 ist in einem gesonderten Verichte zu erinnern, welche Maßnahmen im Vollzuge dieser Entschließung in Aussicht genommen sind.

Daraus ergibt sich also zur Evidenz, daß unser Streben nach einer Verbesserung selbst vom Ministerium des Innern anerkannt wird. Und daß unsere Forderungen mit denen des Ministeriums nahezu übereinstimmen, beweist außerdem, daß unsere Organisation des Pflegepersonals in Bayern deren Verhältnisse völlig richtig zu beurteilen verstand, im Gegensatz zu den Gegnern, die weder aus noch ein wissen. Somit liegt es nunmehr auch am Personal der bayerischen Anstalten, unsere Überlegungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen.

Im übrigen dürfte sich auch noch so manches Ministerium anderer deutscher Bundesstaaten an dieser Entschließung ein Beispiel nehmen!

Hamburger Brief.

II.

(24. Okt.)

Während die Menage in Friedrichsberg und Langenhorn allgemein gut ist, ist sie in den Eppendorfer und St. Georg'schen Anstalten einfach unter aller Männe! Besonders in St. Georg beschwerten sich die Handwerker und Gärtner sowie sonstige Arbeiter über ganz miserable und unzulängliche Verköstigung. Noch unlängst im Mai hoben die Handwerker und Gärtner verschimmelte Butter, die auch innen verdorben war, zur Schau stellen müssen. Die Butter soll meistens à la Sachsenberg beschaffen sein. Beschwerden über die Wohnverhältnisse können nirgends angebracht werden, da sie niemand entgegennimmt. Außer dem Mittagessen (bekannte unschmackhafte Anstaltskost) gibt es an „Fettigkeiten“ wöchentlich 2 Pfund Butter und täglich ungenügende Quantitäten und Qualitäten Butter und Käse. An Flüssigkeiten wird geliefert täglich 1 Liter Kaffee und 1 kleine Flasche Braubier. Damit sollen nun erwachsene Männer, welche

schwer arbeiten müssen, auskommen! Als neulich einige Gärtner bei ihrer Arbeit im Freien und im Sonnenbrand mehr Getränk forderten, erkundigte sich der Herr Inspektor, ob sie schon ihren Liter Kaffee und eine Flasche Braubier erhalten hätten. Ja! — Na, mehr hätten sie auch nicht zu verlangen. Da wäre es allerdings ratsam, die Herren Inspektoren und Direktoren auch mal eine Durststrecke bei schwerer Arbeit in der Sonne machen zu lassen. Etliche Handwerker und Deizer stellten beträchtliche Gewichtsabnahme an ihren Körpern fest. Ein Gärtner verlor sogar in vier Monaten 14 Pfund an seinem Körpergewicht. Das trieb ihn zur Flucht aus der Anstalt. Die internen Handwerker und Deizer würden ja gern von ihrem 50 Mk. monatlich betragenden Lohne eine Portion warmes Essen von der Anstalt kaufen, wie es die Herren Beamten für 15 Pf. (fünfzehn Pfennige) erhalten. Zum Beispiel ein Beefsteak mit Bratkartoffeln und ein Glas Milch. Aber für Arbeiter und Handwerker bleiben diese Schalter in der Küche geschlossen. Wir dürfen verraten, daß, wenn der Arbeitsschaff für dasselbe Geld dasselbe Essen geliefert würde, kein Wort der Klage über schlechte oder unzureichende Verköstigung jemals laut werden würde. Es würden nur noch Lobgesänge über die Fleischschöpfe Ägyptens erklingen.

An sonstigen Mängeln fehlt es im St. Georg'schen Anstaltenhaus nicht, besonders die Gärtner wissen davon ein Lied zu singen. Einmal klagten sie über schlechtes, zerbrochenes und abgenutztes Gartengerät, dann wieder über Arbeiten im Garten „des Herrn“, zu denen sie nicht verpflichtet seien und vieles andere mehr. Auf die vielen Einzelheiten können wir heute gar nicht eingehen.

Nun sei noch eine Beschwerde der Pflegerinnen von St. Georg hier angebracht. War da neulich eine Versammlung des Anstaltspersonals angesetzt. Der Oberschwärmer kam das wieder mal zu Ehren. Flugs jagte sie allen dienstfreien Pflegerinnen, daß sie unter keinen Umständen in eine Versammlung gehen dürften. Die verehrliche Dame sei an dieser Stelle ganz ergebenst darauf aufmerksam gemacht, daß es ganz und gar nicht zu ihren dienstlichen Obliegenheiten gehört, dem Personal Vorschriften zu machen über die Verwendung der dienstfreien Zeit. Offenlich gibt die Oberschwärmer zu einer weiteren Beschwerde dieser Art keinen Anlaß, was wir in ihrem Interesse nur wünschen wollen.

Nicht einige Worte über das „Seemanns-Anstaltenhaus“. Das Seemanns-Anstaltenhaus ist verbunden mit dem Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten und untersteht dem Medizinal-Kollegium. Nicht zu verwechseln mit dem der Polizeibehörde unterstehenden, 132 Betten fassenden Jafsen-Anstaltenhaus! Das Seemanns-Anstaltenhaus hat 47 Betten, von bis zu 20 dem Reichskolonialamt zur Verfügung stehen. In dieser Anstalt werden vorzugsweise erkrankte Seeleute aufgenommen, auch Reisende, Soldaten, Beamte und Kaufleute, welche an Tropenkrankheiten leiden, finden Unterkunft. So wenig Anstaltspersonal hier auch vorhanden ist, so mancherlei Mängel sind dennoch zu beklagen. Es sind vorhanden: 2 Wärter, 6 Schwestern, 1 Oberschwärmer, 1 Deizer, 1 Tierpfleger, 1 Arzt, 1 Hausarbeiter und 3 Gehilfen im Laboratorium. Die letzteren drei sind fest angestellt im Jahreslohn und verdienen 1700 bis 2800 Mk. Die beiden Wärter beziehen, wie gesagt, einen Monatslohn von 30 Mk. nach Abzug aller Beiträge verbleiben indeffen nur circa 26 Mk. Der Lohn steigt zwar bis zu 50 Mk. wird aber in Wirklichkeit nicht erreicht, denn sobald das zuluftfähige Dienstalter kommt, werden die Leute entlassen. Der Arztbedienter steht mit den Wärtern gleich, während der Deizer und der Tierpfleger 40—60 Mk. monatlich beziehen. Was die Schwestern anbetrifft, so handelt es sich um Mädchen aus „besseren Häusern“, die wohl meistens vermögend sind. Besonders Mägen- und Oekonomiepersonal gibt es nicht, weil Küche und Oekonomie des Seemannshauses für alles sorgen. Das interne Personal steht in freier Station, außerdem wird wöchentlich ein Drillschmuck geliefert. Die Verköstigung ist einigermaßen gut, nur das Mittagessen ist für gewöhnlich kalt, da es vom Seemannshaus herüber kommt.

Wir wollen nun einige der wesentlichen Mängel aufzählen. Da fällt zunächst der ungeheure Personalwechsel auf. Vom 1. November 1906 bis zum 15. Mai 1909 sind nicht mehr als 13 Wärter gekommen und gegangen. Zwei Wärter sollen wohl da sein, monatelang fehlt aber ein Wärter und dann muß einer für zwei arbeiten, ohne Anspruch auf außerordentliche Entschädigung zu haben. Das Oberkommando führt die Oberschwärmer Weisphal. Mit ihr müssen wir uns näher befassen, denn seit ihrer Tätigkeit — vor 3½ Jahren kam sie her — hat sich vieles

verschlechtert. Der ungeheure Personalwechsel ist lediglich auf ihr Konto zu setzen. Die leitenden Herren werden alle als gute Vorgesetzte anerkannt. Sie ist in allen Dingen tonangebend. Es ist der Oberschwester gelungen, die Ausgehzeit, welche früher von 2-12 Uhr dauerte, um eine Stunde zu verkürzen. Sagt sie: der und der Wärter muß fliegen, dann fliegt er eben, ohne daß die Herren Vorgesetzten daran etwas ändern können. Sie legt auch die Dienstdienste aus, trifft Anweisungen und Anordnungen aller Art, hält den Wärtern, denen sie nicht gewogen ist, ihre Moralpredigten, duldet keine allzu langen Besuche von Wärtern, welche früher hier waren, wogegen sie über die Dauer ihrer Besuche (auch wenn es manchmal Herren sind) sich natürlich keine Vorschriften machen läßt. Jemand, welcher Rechtfertigungen gegen Tadel oder Mängel lehnt sie immer mit den Worten ab: Ist mir ganz egal! Die Wärter werden von dieser freitbaren Dame in Gegenwart von Patienten mit Nebenarten traktiert, die wir mit Rücksicht auf den guten Ton gar nicht wiedergeben können. Selbst die Patienten sagen sehr oft zu den Wärtern: Na, hören Sie, so etwas lassen Sie sich von der bieten?! Wenn nun eines armen Sünders Glöcklein läutet, so kommt der Herr Inspektor, ein sonst recht guter Vorgesetzter, und sagt dem Wärter: Müdigkeit Sie lieber. Die Oberschwester will mit Ihnen nicht mehr zusammen arbeiten; ich kann ja auch nichts dagegen tun. (Das erinnert ja unwillkürlich an frühere Vorgänge im Berliner Krankenhaus „Am Urban“! Die Red.) So erging es erst kürzlich einem Wärter, welcher 1½ Jahre im Dienst war und der sich laut Zeugnis sehr gut geführt hatte. Außer über die Wärter schwingt die Oberschwester auch noch über die Schwestern ihre Fuchtel, worüber diese keineswegs sehr erfreut sind. Damit sind die Alten über diese Oberschwester noch nicht geschlossen, aber für diesmal mag es genügen, später mehr. Noch ein Wort über die Dienstreise! Die von der Oberschwester herausgegebene Dienstreisezeitung sieht eine Dienstreise vor von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr. Dazu kommen nach Erfordernis Nachwachen. Ausgang wird gewährt, je nachdem der Dienst es erlaubt, und zwar wöchentlich einmal von 3-12 Uhr und jeden zweiten Sonntag. Man sieht, mit der freien Zeit sieht es hier recht faul aus. Zum Schluß sei noch etwas ganz Rigoroses gebrandmarkt: Wenn ein Mann vom Anstaltspersonal zu einer militärischen Übung eingezogen wird, so wird ihm anheim gegeben, zu kündigen, anderenfalls ihm gekündigt wird. Angesichts der wohlwollenden Vorschriften eines hohen Senats, die dieser zum Schutze der Staatsarbeiter in den Fällen, in welchen der Lohn fortzuzahlen ist, erlassen hat, ein offenkundiger Skandal! An diesem Beispiel sollte das Anstaltspersonal endlich erkennen lernen, daß es sich samt und sonders organisieren muß. Im hiesigen Krankenhaus zu Altona sieht es nicht viel besser aus. Dem gesamten Anstaltspersonal schärft man ein, Versammlungen, Verbandsergänzungen oder dergl. nicht zu besuchen. Darauf kommen wir gelegentlich zurück.

Kollegen und Kolleginnen! Erwerbt die Mitgliedschaft in unserer Verbandsektion für das Anstaltspersonal. Auskunft wird jederzeit gern erteilt in unserer Geschäftsstelle: Dauburg 1, Reichenbinderhof, Gewerkschaftshaus, Zimmer 34-35. D. V.

Aus der Irrenanstalt in Bernburg.

Über die mittelalterlichen Zustände in dieser Anstalt ist schon des öfteren Alage geführt worden. Besonders war es der Landtagsabg. Voigt, der die bestehenden Verhältnisse im Landtage einer vernichtenden Kritik unterzog. Gandelte es sich damals um Lohn-, Dienst-, Pflege- und Logisverhältnisse, so ist hiermit ein Fall der Öffentlichkeit unterbreitet, in welcher Weise die Direktion in Erkrankungsfällen mit den Angehörigen verfährt. Der § 4 der Anstaltsordnung — richtiger wäre Gefinde- oder Gefängnisordnung — besagt, daß in Krankheitsfällen dem Dienst- und Pflegepersonal freie ärztliche Behandlung, freie Medizin, Kost usw. auf die Dauer von 26 Wochen zufließt, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß das Personal, ganz gleich, ob es verheiratet oder nicht, in den Anstaltsräumen verpflegt und durch Anstaltsärzte behandelt wird. Daß bei eintretender Krankheit des Personals der Direktor berechtigt ist, von seinem Kündigungsrecht ohne weiteres Gebrauch zu machen, erhöht den Zwang der doch immerhin zur „Pflege und Heilung“ bestimmten Anstalt für Kranke. Das Personal ist also verpflichtet, sich ohne weiteres von den Anstaltsärzten, die wohl auf dem Gebiete der Psychiatrie als Spezialärzte hervor-

tretendes leisten müssen, behandeln zu lassen. Ob es aber nicht als ein Mißbrauch der Dienstgewalt bezeichnet werden kann, daß sich auch krankes Personal, das an sonstigen innerlichen oder äußerlichen Affektionen leidet, dieser nach Auffassung der modernen Medizin unsachgemäßen Behandlung unterziehen muß? Der Direktion ist es hauptsächlich, daß der Nachschub der Anstaltsordnung erfüllt wird. Auch das verheiratete Personal hat sich dieser Zwangsmahregel zu fügen. Daß solche und ähnliche Bestimmungen dieser Irrenanstalt der dringenden Abhilfe bedürfen, wäre moralische und sittliche Pflicht des anhaltischen Landtages.

Wie dringend notwendig die Reform dieser famosen Anstaltsordnung ist, beweist ein Fall, der sich kürzlich dort abgespielt hat und den Mangel der Krankenversicherung recht deutlich ins Auge springen läßt. Der Heizer Meyer, der vom 15. September 1909 bis 1. Juni 1910 dort in Stellung war, erkrankte am 6. Januar d. J. an Blinddarmentzündung. Am 11. Januar kam er als Patient nach dem dortigen Kreiskrankenhause und ebenfalls in zweckmäßige Behandlung. Sein Aufenthalt war entsprechend dem § 4 der Anstaltsordnung nur von kurzer Dauer. Nach drei Tagen wurde er auf Veranlassung des Direktors wieder der Irrenanstalt zugeführt. Beim Er im Krankenhaus die erforderlichen Eisumschläge und hatten sich die Schmerzen bis zur Erträglichkeit gemildert, so war von einer Weiterbehandlung in diesem Sinne keine Rede, weil einfach das dazu benötigte Eis fehlte. Statt dessen erhielt er einfache Wasserumschläge, wodurch sein Zustand sich bedeutend verschlimmerte. Nachdem er nun wieder in das Kreiskrankenhause kam, wurde er sofort operiert. Seines Bleibens war aber ebenfalls nicht lange, weil nach Meinung des Herrn Direktors das Haus zu derartigen kostspieligen Behandlungen kein Geld habe. Fünf Tage nach der Operation sollte er auf einer Tragbahre wieder der Irrenanstalt zur Weiterbehandlung zugeführt werden. Erst auf sein Bitten, ihn wenigstens noch acht Tage auf seine Kosten im Krankenhaus zu belassen, kam man anscheinend erst auf den Gedanken, daß eine weitere spezialärztliche Überwachung notwendig wäre. Nachdem nun aber doch bald seine Entlassung erfolgte, erhielt er in der Irrenanstalt seitens des Direktors die Anweisung, vorläufig noch keine Hülsenfrüchte zu essen. Unglücklicherweise gab's aber an diesem Tage — Bohnen. Da Bohnen aber auch Hülsenfrüchte sind, er aber anderes Essen nicht erhielt, so bekam er auf seine Beschwerde vom Direktor zur Antwort: „er möge nur die Prübe mit Brot essen“. Sonderbar muß es uns berühren, daß in der ganzen Anstalt für einen Melonenspezialisten sich nicht die geeignete Kost herstellen läßt. Was diese für eine derartig überhandnende Krankheit und Operation bedeutet, wird wohl allerorts, mit Ausnahme der Ärzte der Irrenanstalt, voll und ganz gewürdigt werden. Dr. Kluth, dem seitens des Direktors die Weiterbehandlung übertragen wurde, verbot M. alle schweren Arbeiten, wie Heben, Schippen usw. Trotzdem wurde M. seitens des Direktors bald getragt, ob er schon vollständig arbeitsfähig sei. Allem Anschein nach darf das Personal auch in solchen schweren Fällen nicht auf die Rücksicht des Direktors und Medizinrats Dr. Reuendorff rechnen. M. erklärte ihm, daß die noch nicht ganz verheilte Wunde — es war noch eine solche von 4-5 Zentimeter vorhanden — ihm alle Arbeiten wohl nicht gestatten würde. Auch machte er ihn darauf aufmerksam, daß sich noch die Nichte darin befinden. Ein derartiges Ansinnen, von einem Arzt und Medizinrat gestellt, muß mehr als sonderbar bezeichnet werden. Dann kam M. in die Weiterbehandlung des jungen Praktikanten Herrn Barnecke. Jedenfalls konnte Dr. Kluth die Art der Behandlung nicht weiter übernehmen, wenn er nicht mit seiner Eigenschaft als Arzt in Konflikt geraten wollte. Daß die Behandlungsmethode unsachgemäß war, ist dadurch zu erbringen, daß sich M. erst durch einen Privatarzt die letzte Naht entfernen lassen mußte. Daß nachher Kündigungs- und Entlassung eintrat, versteht sich entsprechend der Gefangenen-Anstaltsordnung von selbst. Von rein menschlichen Gefühlen scheint man sich da nicht leiten zu lassen. Soweit wie bekannt, soll die Kündigungs- und Entlassung erfolgt sein, weil befürchtet wurde, daß M. sich durch schwere Arbeiten infolge seiner überstandenen Krankheit einen Darmbruch zuziehen könnte. Wie weit dies zutrifft, könnte eine ärztliche Untersuchung feststellen.

Wenn wir diesen Fall ziemlich ausführlich behandelt haben, so darum, um zu zeigen, wie weit entfernt die Verhältnisse in dieser Anstalt sind, um als müttergütig gelten zu können. Soziales Verständnis in Arbeiterfragen scheinen dort unbekannte Begriffe zu sein.

Aus der Praxis.

Die Anwendung der Sonnenbäder. Nach Lenkei hängt die Wirksamkeit der Sonnenbäder in hohem Maße von der Technik derselben ab. Dr. Lenkei legt besonders Gewicht auf alle 4-5, später bis 10 Minuten vorzunehmende Viertelumdrehungen des Körpers, um dadurch den nur kurz bestehenden Hautneuen Gelegenheiten zu geben, die durch die Reizwirkung der ultravioletten Strahlen bewirkte geringfügige Schädigung auszugleichen. Dabei müssen aber Maßnahmen vermieden werden, welche, wie z. B. das Baselin, die Verdunstung der Haut hindern und die Pigmentbildung fördern. Alle Bäder sind weder bei gänzlich leerem noch bei vollem Magen vorzunehmen, für die Intensität derselben dient in erster Linie das Allgemeinbefinden und das Verhalten des Körpergewichts, ferner der Grad der Hautreaktion, die Pulsbeschaffenheit und in manchen kritischen Fällen auch der Blutbefund als Richtschnur. Der Schwerpunkt liegt in allen Fällen auf der freien Bestrahlung und auf diese läßt Dr. Lenkei nur dann Vordungen an der Sonne als Verlängerung des Sonnenbades folgen, wenn dadurch die Hautausscheidung und die Säfteströmung von den Geweben zu den Gefäßen noch besonders und länger dauernd erzeugt, die Haut aber geschont werden soll. Intensivere Bräunung ist deshalb zu vermeiden, weil größere Pigmentbildung wahrscheinlich einen größeren Zerfall von roten Blutkörperchen verursacht und weil das Pigment das Eindringen der Lichtstrahlen unter die Haut vereitelt. Nach dem Sonnenbad läßt Dr. Lenkei seine Kranken unter allmählicher Abkühlung abwaschen, duschen oder baden.

Die Merkmale des eingetretenen Todes. Es konnte nicht ausbleiben, daß die neueren Fortschritte der Chemie, Physik und Physiologie auch dazu verwendet wurden, um die Merkmale der sicheren Merkmale des eingetretenen Todes zu verneinern. Der Tod ist bekanntlich nicht durch eine Erscheinung charakterisiert, sondern durch eine Reihe solcher, die den Stillstand der Lebensfunktionen und der Organität anzeigen und man muß hier den Stillstand des Nervensystems, des Kreislaufs, der Atmung, das Erlöschen der Wärme, endlich die Fäulnis ins Auge fassen. Der Verlust der Empfindung wird durch eine Zahl mehr oder weniger zweifelhafter Zeichen nachgewiesen: Das Beben blutiger Schweißpunkte auf die Brust, Meiden der Fußsohlen, Anwendung von Reizmitteln auf die Nase. Das Zusammenfallen und Erweichen des Auges sind sichere Zeichen des Todes, sie beginnen aber erst 4 Stunden nach Eintritt des letzteren, ebenso wie das Mattwerden der Hornhaut, die ersten Zeichen der beginnenden Fäulnis. Der Stillstand der Atmung läßt sich schwer abschätzen, weil die ausgestoßene Luftmenge sehr gering sein kann. Das Hören am Herzen, die Abkühlung der Blutgefäße sind nicht ganz sicher. Der Aderlaß kann infolge Flüssigbleibens des Blutes bei verschiedenen plötzlichen Todesarten Irrtümer ergeben. Das beste Verfahren ist nach Stodis zur Beurteilung der Herzstillstandes die Injektion von Fluoreszin, die nach einigen Minuten Gelbfärbung der Gewebe ergibt, wenn der Kreislauf nicht ganz erloschen ist. Sichere Zeichen sind ferner die 3-4 Stunden nach dem Tode beginnenden Totenflecken und die dabei später eintretende pergamentartige Verfärbung der Haut. Aetherreinträufelungen ins Auge, die bei Lebenden Nöte und Tränenfluß erzeugen, ist zwar nicht ganz sicher, kann aber in Fällen schwerer Ohnmacht, wenn Nötung eintritt, auf das Vorhandensein von Herzschlägen schließen lassen und Veranlassung geben, die Wiederbelebungsbemühungen fortzusetzen. Temperaturabfall und Zeichenstarre sind nicht so sicher wie beginnende Fäulnis. Zum Nachweis der Fäulnisgase kann man ein mit essigsaurer Bleilösung getränktes Papier in die Nasenhöhle einführen. Die Schwarzfärbung desselben durch Schwefelwasserstoff tritt in den ersten 24 Stunden ein, und zwar stets vor Erscheinen der grünen Flecke am Unterleib.

Aus unserer Bewegung.

Sachsen. Am 8. Juni fand beim Kollegen Matthes eine gut besuchte Versammlung statt, in der Arbeiterssekretär Bösenfelder über „Die Krankenversicherung und die freie Arztwahl“ referierte. Kollege Schneider wies alsdann auf unsere mäßigen Versicherungsverhältnisse hin und betonte, es sei an der Zeit, daß hier einmal Wandel geschaffen würde. Die Kollegen gehören hier der städtischen Krankenhaus- bzw. Dienstbotenklasse an. Er schilderte dabei die rigorose Behandlung, welche kranke Kollegen erfahren. Währt die Krankheit länger als 10 Tage, so hört die Krankenhausbehandlung auf, und der Patient kann dann sehen, wie er sich für sein Geld oder auf Kosten der Heimatsgemeinde weiter versorgen läßt. Es ist eben nicht bloß Pflicht und Notwendigkeit, sich der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisation anzuschließen, um durch die Gesetzgebung bessere Verhältnisse in der Arbeiterversicherung zu erreichen. — Eine weitere Versammlung, die am 13. Juni tagte, nahm Stellung zur Regens-

burger Konferenz. Es wurde beschlossen, die Einreichung in das staatliche Gehaltsregulativ und Einführung des Dreischichtensystems zu fordern.

Berlin. (Anstalt Dalldorf.) Unsere Versammlung tagte am 20. Juni bei Meyer. Genossin Frieda Schulte referierte unter großem Beifall über „Die Frau im Kampf um ihre Rechte“. In der Diskussion wurden die vortrefflichen Ausführungen der Referentin noch aufs weitgehendste ergänzt. Wenn auch anerkannt werden muß, daß eine Reihe von Missetänden, die in dieser Anstalt vorderrichten, in letzter Zeit beseitigt worden sind, so gibt es noch allerhand Klagen. Noch immer kann man es sich, besonders von Seiten mancher Ärzte, nicht verheissen, dem Personal bei der Urlaubsverteilung allerhand Schwierigkeiten zu bereiten. Auch der an dieser Stelle schon einmal kritisierte Umstand, daß die wachhabenden Pfleger sofort nach Beendigung der Wache ausgehen müssen, besteht noch weiter. Was nützt dem Pfleger der Ausgang nach vollbrachtem Nachtdienst, wenn er sich nicht vorher durch den Schlaf erholen kann? Hier zeigt sich eben wieder die elende Bevormundung, die der Zwang mit sich bringt. Man ist um das sittliche Wohl der Angestellten derart besorgt, daß das Zusammenkommen der Pfleger und Pflegerinnen um jeden Preis verhindert werden soll. Deshalb läßt man die Nachtpfleger am Vormittag und die Nachtpflegerinnen am Nachmittag ausgehen. Sonderbar ist es daher, daß diese Sittlichkeitsfregerei in der Mottenanstalt verlagert. Dort müssen, wie bekannt, die Pflegerinnen bei männlichen Patienten schlafen. Man sollte also lieber nach dieser Richtung hin Wandel schaffen, anstatt sich darum zu kümmern, was das Personal außerhalb der Anstalt tut.

Berlin. Die Kollegen und Kolleginnen des städtischen Krankenhauses Noabit legen seit einiger Zeit ein immer größeres Verständnis für den solidarischen Zusammenschluß an den Tag. Ein Zeugnis dafür war auch die Versammlung am Freitag, den 1. Juli, in der Wapenhofers Brauerei, die sehr zahlreich besucht war. Kollege Wulz hielt einen Vortrag über „Die Schäden des Kost- und Logiszwanges“, welcher beifällig aufgenommen wurde. Aus der lebhaften Diskussion ist zu erwähnen, daß die Direktion des Noabit Krankenhauses sich über die im Etat festgelegten Lohnstufen hinwegsetzt und ganz willkürlich die Löhne festsetzt. Einem neu eingetretenen Wärter setzte man den Lohn im zweiten Monat sogar auf 35 Mk. herab, nachdem ihm beim Engagement 40 Mk. versprochen und im ersten Monat auch gezahlt worden waren. Allgemeine Empörung herrschte über die Ignorierung der vom Krankenhauspersonal zum Etat eingereichten Lohnforderungen; nur einigen Heizern sind 5 Mk. Zulage pro Monat bewilligt worden. Es wird Sache des Arbeiterausschusses sein, in diesen Dingen vorstellig zu werden und auf Abhilfe zu dringen.

Berlin. (Heraberg.) Das Personal der Anstalt Heraberge hielt am 30. Juni bei Schwarz eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kollege Besolowski einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Aufgaben und Ziel der modernen Gewerkschaften“ hielt. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Vertrauensmann wurde Kollege Laue gewählt. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten des Oberpflegers auf der Station 6 den Pflegern gegenüber scharf beurteilt. Des Weisens sind dieser Herr in, beweist am besten eine seiner Äußerungen. Er sagte: „Für die Verwaltung ist es am besten, wenn das Personal gar nicht organisiert ist.“ Das glauben wir schon, sind aber der Meinung, daß es für das Personal am besten ist, wenn sich alles organisiert. Der gleichen Ansicht waren auch die Versammelten, und haben diese sich, soweit sie noch nicht organisiert waren, unserer Organisation angeschlossen.

Berlin. (Wuhlgarten.) Die mangelhafte Organisation des Pflegepersonals hat es verschuldet, daß in den Heilanstalten noch Zustände existieren, die man anderweitig kaum noch antrifft. Sächseln die Hausangestellten und Landarbeiter „erfreuen“ sich noch einer gleich „guten“ Behandlung. Der Kaiserhof, der dem Oberpflegepersonal vielfach eigen ist, darf auch in Wuhlgarten nicht fehlen. Ein Kollege, der neulich von seinem Unteroffizier — pardon! — Oberpfleger in der Mittagszeit schlafen betroffen wurde, entschuldigte sich damit, daß er wegen der Unruhe in der Nacht nicht schlafen konnte. Da wurde ihm zur Antwort, „er solle sich Ruhe verschaffen“. Wann er aber den eingebühten Schlaf nachholen soll, darüber erhielt er keinen Bescheid. Das Schlafen der Pfleger bei den Patienten, das in Dalldorf jetzt glücklicherweise abgeschafft worden ist, besteht in Wuhlgarten infolge weiter. Mehrere Kollegen ersuchten nun diesen Oberpfleger, bei der Direktion die Beschaffung eigener Schlafräume für das Personal zu befehlen. Da erteilte dieser Gemütsmenschen den Bescheid: „Wenn es Ihnen nicht paßt, bei den Patienten zu schlafen, müssen Sie sich einen Pflegerberuf wählen.“ Wie die Oberpflegerinnen mit dem Personal verfahren, dafür ein Beispiel: Eine Kollegin hatte mit ihrer Haarfrisur das Mißfallen dieser Gewaltigen erregt. Kurzgerhand wurde ihr die Frisur mit dem Fächer heruntergerissen, daß sie (die Pflegerin) aussehe wie „eine“ aus der Friedrichstraße, und das könne nicht ge-

dußel werden. Ueber die Kost, die bekanntlich in den Berliner Anstalten alles zu wünschen übrig läßt, wird gesagt, daß diese manchmal in verdorbenem Zustande auf den Tisch kommt. Die Sauberkeit des Geschirrs wird oftmals stark vermisst. Bei diesen Klagen, die doch nicht mehr neu sind, bringt es die „Berliner Morgenpost“ iertig, folgenden Hymnus auf Buhlgartens Verwaltung und Kost und Verhöhnung des Personals anzustimmen: „Nach den Bestimmungen soll dreimal wöchentlich für die Pfleger besonders gekocht werden, sonst sollen sie Krankentoilette essen. Die Verwaltung läßt aber täglich für sie besonders kochen. Und das Kennt? Reichlich und schmackhaft. Es ist eine Freude, der Zerkleinerung des von der Stadt gelieferten Fleisches zuzusehen. Die Stadt liefert das beste, und ein großer Küchraum sorgt dafür, daß es frisch bleibt. Futter gibt es nur eine Sorte für Aerzte und Pfleger. In den Vorratsräumen hängen Würste, wie sie bei den Fleischern von Berlin-W. auch nicht schöner zu haben sind. Also! Aber einmal haben die Pfleger doch berechtigten Grund zur Klage gehabt. Einmal vor nicht langer Zeit ist ein großes Malheur passiert. Die Oberköchin war in die Stadt gefahren und hatte sich verspätet. Sie hatte auch die Schlüssel mitgenommen. So gab es um 7 Uhr kein Abendbrot — erst um 8 Uhr. Es ist dies in den 18 Jahren einmal vorgekommen. Die Oberköchin war sehr betrübt über ihr Versehen und hat versprochen, daß nie wieder, so lange sie lebt, das Abendbrot sich verspäten soll.“ — Und dieses Blatt wird leider noch von Arbeitern abonniert!

Gerichts-Zeitung.

Infektion durch Gonokokken und die Stellung der Versicherungsgesellschaft hierzu. Durch Police vom 13. Juni 1901 versicherte der Rheinisch-westfälische Verein bei der Schweizerischen Rationalversicherungsgesellschaft (R.V.) drei Krankenwärter gegen Unfall auf die Zeit vom 15. Juni 1901 bis dahin 1911. Ende September 1907 drangen dem Wärter A., der mit der Pflege Geschlechtskranker betraut war, Gonokokken in das rechte Auge. Es trat eine Entzündung der Bindehaut ein, die den Verlust des Sehvermögens auf diesem Auge zur Folge hatte. Der Verein klagte gegen die Versicherung auf Zahlung einer Rente von 360 Mk. jährlich bis zum Tode des Verunglückten. Alle drei Instanzen gaben dem Verein Recht. Der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts erklärte:

Die Revision rügt Verletzung der §§ 183 und 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches und der §§ 296 und 313, Abs. 4 der Zivilprozessordnung. Die Rüge kann jedoch nicht für begründet erachtet werden. Es ist zunächst nicht zuzugeben, daß das Gutachten des Dr. Stern, Dozenten für Haut- und Geschlechtskrankheiten an der Akademie für praktische Medizin in Düsseldorf, das der Entscheidung des Berufsrichters zugrunde liegt, an Widersprüchen leidet. Zwar zählt der Sachverständige im Eingange seines Gutachtens die außerhalb des Geschlechtsverkehrs erworbenen Geschlechtskrankheiten mit zu den Infektionskrankheiten, während er im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen dahin gelangt, daß eine durch Tripperinfektion hervorgerufene eitrige Entzündung des Auges nicht ohne weiteres als Infektionskrankheit anzusehen sei. Der Widerspruch ist aber nur ein scheinbarer. Wesentliches Erfordernis einer jeden Infektionskrankheit ist nach Ansicht des Sachverständigen die Mitbeteiligung des Gesamtorganismus, das Befallensein des ganzen Organismus in seinen Körperflüssigkeiten. Eine außerhalb des Geschlechtsverkehrs erworbene Tripperinfektion ist demnach dann eine Infektionskrankheit, wenn die Infektion nicht bloß zu lokalen Störungen führt, sondern auch das Allgemeinbefinden beeinträchtigt; sie ist aber keine Infektionskrankheit, wenn sich die Infektion nur auf einen eng umschriebenen Bezirk beschränkt und nicht über den ersten Ort der Ansiedlung hinausgreift. Es ist demnach nicht zu beanstanden, daß der Berufsrichter, gestützt auf dieses Gutachten, angenommen hat, bei dem Krankenwärter A. sei deshalb eine Infektionskrankheit nicht zur Entstehung gelangt, weil das Trippergift nur ein Auge ergriffen habe, ohne den Gesamtorganismus irgendwie in Mitleidenschaft zu ziehen.

Die Revision ist nun zwar der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, anstatt einen Sachverständigen zu vernehmen, die Bedeutung des Wortes Infektionskrankheit durch Auslegung zu ermitteln, insbesondere durch Auslegung der Versicherungsbedingungen in ihrem Zusammenhange. Allein das Wort Infektionskrankheit ist kein Ausdruck des gewöhnlichen Lebens, sondern, wie auch der erste Richter hervorgehoben hat, ein medizinisch-technischer Ausdruck, und kann deshalb auch nur im technischen Sinne verstanden werden, zumal davon ausgegangen werden darf, daß die Versicherungsbedingungen unter Mitwirkung von Ärzten verfaßt worden sind. Uebrigens ist aber nicht ersichtlich, inwiefern der Zusammenhang der Versicherungsbedingungen der vom Berufsrichter gegebenen Begriffsbestimmung entgegenstehen sollte. Die Revision macht geltend, daß nach § 5 alle Krankheiten einschließen, also auch bloß lokale, von der Versicherung ausgeschlossen seien, so müsse

auch die Augenentzündung des A. ausgeschlossen sein. Indessen wenn nach den Versicherungsbedingungen einerseits zwischen Unfällen und Krankheiten zu unterscheiden, und wenn andererseits davon auszugehen ist, daß nach dem Willen der Vertragsschließenden der Gesellschaft nicht etwa die Möglichkeit gewährt werden sollte, die Rechte, die sie dem Versicherungsnehmer in den §§ 2, 3, 4 eingeräumt hatte, durch Berufung auf § 5 wieder illusorisch zu machen, so kann nur angenommen werden, daß die Augenentzündung des A. zu den Unfällen i. S. des § 2, aber nicht zu den Krankheiten i. S. des § 5 zu rechnen ist. Die Voraussetzungen des § 2 sind nach der unangefochtenen Feststellung des Berufsrichters sämtlich gegeben. Es handelt sich um eine Einschränkung der Arbeitskraft, ohne Mitwirkung anderer Umstände verursacht durch eine Körperbeschädigung, die unabhängig vom Willen des Verletzten durch eine plötzliche äußere mechanische Einwirkung eingetreten ist, denn der Berufsrichter hält für erwiesen, daß sich die Bindehautentzündung des A. nicht allmählich von innen heraus entwickelte, sondern plötzlich dadurch zur Entstehung kam, daß A. mit der Hand, an der sich Gonokokken befanden, eine unwillkürliche Bewegung nach dem Auge machte.

Obne Rechtsirrtum hat schließlich der Berufsrichter angenommen, daß sich die Beklagte auch nicht auf § 6a der Versicherungsbedingungen berufen kann. Hier ist bestimmt, daß Körperverletzungen, die sich der Versicherte durch grobe Fahrlässigkeit oder Rottwillen zugezogen hat, zu Ersatzansprüchen nicht berechtigen. Der Berufsrichter ist der Ansicht, daß die Beklagte den Beweis einer groben Fahrlässigkeit auf Seiten des A. nicht erbracht habe. Die Gonokokken konnten dem A. bei einer Gelegenheit an die Hand gekommen sein, wo er sich der Gefahr gar nicht bewußt zu sein brauchte, z. B. bei Berührung eines Gegenstandes, von dem er nicht wußte, daß er einem Tripperkranken zugänglich gewesen war. Die Erfahrung lehrt, daß selbst Aerzte trotz Anwendung der größten Vorsicht nicht selten durch Übertragung von Krankheitsstoffen angesteckt werden. Der Vorwurf einer groben Fahrlässigkeit hätte deshalb durch Anführung besonderer Tatsachen begründet werden müssen; solche Tatsachen sind aber von der Beklagten nicht angeführt. Die Revision wurde daher zurückgewiesen.

Rundschau.

Aus dem Lager der Vereinsmeier. Wie die Interessen der Kollegen in den Ständevereinen „vertreten“ werden, beweist wieder einmal nachstehendes Protokoll, das wir Nr. 11 der „Deutschen Krankenpflegezeitung“ entnehmen: „Nachdem noch des längeren in Stationsangelegenheiten debattiert worden war, wurde zur Verlesung des vom Kollegen Westphal gestifteten Kanarienhahnes mit dem vom Vorsitzenden dazu geschickten Bauer geschritten; die Beteiligung war eine sehr rege und das Resultat ein überaus glänzendes, denn dem Vannerfonds wurde dadurch die Summe von 44 Mk. zugeführt. Schluß 12½ Uhr. Ernst Todtloß, 1. Schriftführer.“ — Des „längeren“ ist also (leider?) über Stationsangelegenheiten im „Ständeverein der Kassierer“ debattiert, worüber nichts zu berichten war; sobald es sich aber um Kanarienhahn, Vannerfonds und dergleichen kinderlichen handelt, da schweigt das Herz des Berichterstatters. Wann werden auch diese Kollegen einmal erkennen, daß ihre Interessen nur in der modernen Gewerkschaft gewahrt werden?

Eine Frage über die Arbeitsverhältnisse der in öffentlichen und privaten Krankenhäusern, Heilanstalten und Genesungsheimen beschäftigten Personen findet laut Mitteilungen in der Tagespresse zurzeit auf Veranlassung des Reiches statt. Die Zeitungen erörtern sich außer auf die Vettengahl und die Zahl der in den Krankenhäusern beschäftigten Personen insbesondere auf die Länge der täglichen Arbeitszeit, die Gewährung von Arbeitspausen, dienstfreien Zeiten und Erholungsurlaub und auf die Fürsorge im Alter, bei vorher eintretender Arbeitsunfähigkeit und bei Betriebsunfällen. Auf die Lohnverhältnisse beziehen die Ermittlungen sich leider nicht. Es heißt weiter: „Diese Ermittlung der bisher noch wenig bekannten Verhältnisse, unter denen die Krankenhausangehörigen ihre schwere und verantwortungsvolle Beschäftigung verrichten, dürfte eine Vorarbeit einer gesetzlichen Regelung der Beschäftigung dieser Personen sein.“ — Wir haben bereits in Nr. 13 der „Sanitäten“ die vorläufigen Ergebnisse der amtlichen Zählung des pharmazeutischen und Heilpersonals vom 1. Mai 1900 wiedergegeben. Die ausführliche Publikation soll später erfolgen. Wir halten es indessen für nicht wahrscheinlich — so wünschen wir es auch — daß man sich so bald an eine gesetzliche Regelung heranmacht, wenn gleich die kurz hintereinander folgenden Statistiken und Umfragen einen solchen Schluß zulassen. Wie dem immer sei: die tatsächlich schreienden Mängel erfordern dringend einen gesetzlichen Eingriff, zum mindesten eine Bundesratsverordnung. Denn die Prüfungsbestimmungen von 1900 waren — mit Verlaub gesagt — für die Map!